

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 3 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgelb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Beitzelle ober deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

## Zum Monatswechsel

erfuchen wir unsere Freunde, rechtzeitig das Abonnement zu erneuern und neue Abonnenten zu werben.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

## Die Vereinigten Staaten von Europa.

\* Leipzig, 27. Oktober.

Ein phantastischer Vorschlag des schottisch-amerikanischen Großkapitalisten Carnegie hat die Presse der gesamten Kulturwelt in hohem Grade beschäftigt und beschäftigt sie noch. Carnegie schlug vor, der deutsche Kaiser solle die Initiative ergreifen, um den Gedanken der „Vereinigten Staaten von Europa“ zu verwirklichen, so den Weltfrieden zu sichern und zugleich damit ein wirtschaftspolitisches Gegengewicht gegen den „Imperialismus“ Nordamerikas zu schaffen. Dieser Gedanke hätte gewiß sehr viel für sich, wenn er nicht den kleinen Fehler hätte, zur Zeit unausführbar zu sein. Hätte ein Sozialdemokrat diesen Vorschlag gemacht, so würde man denselben einfach zu den „abrigen Utopistereien“ geworfen haben. Macht ihn aber ein schottisch-amerikanischer Milliardär, so muß man ihm Beachtung schenken; denn das Publikum schaut stets ehrfürchtig empor zu diesen Helden des goldenen Kalbes, für die ein ganzes Heer von Menschen arbeiten muß, um die Mehrwertwerte zu schaffen, welche die Zinsen ihrer Kapitalien bilden. Diese Leute dünken sich als Halbgötter, denn sie können sich ja sogar die Unsterblichkeit für Geld kaufen, indem sie in Amerika eine Universität gründen, wo sie dann auch die Wissenschaften nach ihrem Belieben modeln lassen können.

Zener journalistische Troß, der täglich das Weichwachs vor der kapitalistischen Herrlichkeit schwingen muß, hat sich vor der Idee des Herrn Carnegie ehrfürchtig verbeugt. Sie ist schön, erhaben, großartig, aber — — —! Und dabei erinnerte man mit spöttischer Miene daran, daß schon einmal eine Friedensliga bestanden habe, deren Ziel „Die Vereinigten Staaten von Europa“ gewesen, die aber an den Klippen der tatsächlichen Verhältnisse hoffnungslos gescheitert sei.

Nun, es ist ganz gut, daß man an jene Vorgängerin des Carnegie'schen Vorschlags erinnert. Es war die bekannte Friedens- und Freiheitsliga, die 1867 zu Genf von einer Anzahl von Politikern, die meist an den Bewegungen der Jahre 1848 und 1849 beteiligt waren, gegründet wurde. Unser nachmaliger Parteigenosse Armand Voeggl, 1849 Finanzminister und Diktator während der böhmischen Revolution, redigierte das Organ dieser Liga,

welches „Die Vereinigten Staaten von Europa“ hieß. Die Sozialdemokratie stand dieser Verbindung darum kühl gegenüber, weil sich in ihr einflussreiche Elemente, namentlich die Richtung von Mazzini, befanden, die den Klassenkampf der Arbeiter verwarfen und für den Sozialismus absolut kein Verständnis hatten.

Dennoch war die Friedens- und Freiheitsliga kein so phantastisches Gebilde, wie der Vorschlag des Herrn Carnegie. Damals waren die Erinnerungen an 1848 noch sehr mächtig, und der Gedanke der Völkerverbrüderung wurde von einer starken, bürgerlichen Demokratie getragen, welche erhoffte, daß Napoleon III., der den Nationalitätenhaß so sehr gefährdet, gestürzt und einem demokratischen Frankreich eine führende Rolle in Europa beschiednen werden würde. Es kam freilich anders; der Strudel des deutsch-französischen Krieges von 1870 verschlang zwar den Thron Napoleons III., aber die französische Republik wurde niedergeschmettert und die Bourgeoisie, die das Staatsruhr ergriffen hatte, provozierte den Aufruhr der Kommune, nach dessen Niederwerfung die revolutionäre Kraft Frankreichs geknebelt war, während die bürgerliche Demokratie sich von den reaktionären Strömungen mit fortreißen ließ.

Aber die Saat, die Napoleon III. gesät, war furchtbar aufgegangen; der nationale Haß zwischen den beiden ersten Nationen des europäischen Kontinents war auf Jahrzehnte hinaus zu einer unversöhnlichen und äußerst gehässigen Feindschaft gesteigert und der Militarismus begann sich ins Riesenhafte und Ungeheuerliche auszuwachsen. Die bewaffneten Mächte bewachten einander mit dem größten Mißtrauen, und Europa wurde, was es heute ist, ein waffenstarrendes Heerlager mitten im Frieden.

Unter diesen Umständen mußten die Leiter der „Friedens- und Freiheitsliga“ sehr bald die Zwecklosigkeit von deren Dasein erkennen; sie schloß einige Jahre nach dem Kriege ein.

Soweit wir auch sonst an dieser Liga aussetzen können — vor dem Vorschlag des Herrn Carnegie hatte sie voraus, daß ihr Grundgedanke der richtige war; sie wollte nämlich die vereinigten Staaten von Europa auf demokratischer Grundlage errichtet wissen. Bis dies erreicht wird, muß die Entwicklung Europas noch einen weiten Weg zurücklegen, und die in der einstigen Friedensliga vereinigten bürgerlichen Elemente waren so wenig geeignet, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, wie die heutigen Friedensgesellschaften, die sich mit schönen Redensarten begnügen. Herr Carnegie hat mit den heutigen Friedensgesellschaften die Illusion gemein, daß er es für möglich hält, die heutigen Militärstaaten würden auf die Initiative irgend einer Monarchie, sei es nun eine deutsche oder eine

andere, freiwillig die Waffen niederlegen und so den Militarismus aus der Welt schaffen.

Der Carnegie'sche Vorschlag ist nichts als eine Variation des Friedensmanifestes des Zaren. Der größte Militärstaat der Welt, Rußland, hat aber das größte Interesse daran, daß die europäischen Militärstaaten unter sich uneins bleiben, denn darauf ist die ganze Zukunftspolitik Rußlands gegründet. Der Nationalitätenhaß zwischen Frankreich und Deutschland, den Bismarck noch mehr geschürt hat, als Napoleon III., garantiert Rußland das Übergewicht an Europa und wird, wenn es nicht anders kommt, Europa auch schließlich noch „kosakisch“ machen.

Während des Haager Friedenskongresses, den die russische Diplomatie berufen hatte, um ihre Absichten in Asien zu maskieren, bereitete man in Rußland den Angriff auf China vor, der Rußland die Mandschurei brachte, die es trotz aller offiziellen Beteuerungen niemals wieder hergeben wird. Und wenn heute eine Abrüstungskonferenz nach Carnegie'schem Muster zusammentreten würde, so würde Rußland zwar dem Abrüstungsvorschlag freudig beitreten und würde sich zum Kontrolleur der anderen aufwerfen, aber Rußland selbst würde nicht abrüsten.

Wer noch nicht weiß, wie es die Russen in solchen Fällen machen, der kann das aus der Geschichte des chinesischen Feldzuges zur Genüge lernen.

Aber auch die herrschenden Klassen der einzelnen Länder Europas werden nicht so leicht auf den Militarismus verzichten. Die Kosten für diesen teuren Riesenapparat muß ja überall die Masse des Volkes tragen. Die Söhne der herrschenden Klassen dagegen finden in den Armeen Versorgung und einflussreiche Stellungen. Und die stehende Heere sind in den Augen der Bourgeoisie und des Junkertums der einzige Schutz gegen die „Begehrlichkeit“ der Massen. Das hat einst auch ein Mann wie Wolke offen betont.

Hat Herr Carnegie seinen Vorschlag ernst gemeint oder hat er nur wieder einmal die Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen? Oder hat sein Rentierdasein, wie so oft geschieht, bei allem Luxus und bei aller Pracht, ihm nur gähnende Langeweile gebracht, und beschäftigt er sich deshalb mit Problemen der allgemeinen Wohlfahrt, nachdem er genügend Mehrwert angehäuft?

Sei dem, wie es wolle — die Völkerverbrüderung ist und bleibt ein demokratischer Gedanke, dem der feudale und „nationale“ Charakter des Militarismus diametral entgegen steht. Dieser Gedanke ist ausgedrückt in dem bekannten Wahlspruch: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Die sozialistischen Arbeiter sind es ganz allein, die ernsthaft eine Verbrüderung der Völker anstreben, und man hat sie

## Seuilleton.

[Nachdruck verboten.]

## Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Ein Vierteljahr lag zwischen heute und dem Hochzeitstage. Wie wenig war das, wenn man nach dem Kalender rechnete: ein Sommer, weiter nichts! Und wieviel bedeutete der Abschnitt für ihr Leben! — zwischen damals und jetzt lag eine Klüft, in der vieles verfunken, was ihr kostbar gewesen war und teuer. Viel mehr hatte sie aufgegeben, als bloß ihren Namen. Eines war unwiederbringlich für sie verloren: ihr Mädchentum.

Wie war sie sich dessen so bewußt geworden, wie an diesem Morgen, wo die alt vertrauten Zeugen ihrer Kindheit sie so fremd ansahen im neuen Heim.

Es war Klara einen Augenblick, als solle sie trauern; aber sie überwand diese Regung. Wenn es auch schmerzlich gewesen, aufzugeben, was man bis dahin als sein eigenes und kostbarstes Heiligum bewahrt hatte, so war es doch geschehen um der Liebe willen. Sie hatte gewußt, was sie that. Jedes Glück will mit Schmerz bezahlt sein. Und sie hatte ein Glück gewonnen.

Ihr war zu Sinne an diesem Morgen wie einem Menschen, der eine Weile rüstig vor sich hingeschritten ist, und der nun, wo er für einen Augenblick Halt macht und sich umschaut, erst sieht, wieviel Luft sich zwischen ihm und seinem Ausgang geschoben. Ganz da unten in der Ruhe weiter Fernen lag die Heimat, die Kindheit, die Jungfrauschafft; als könne sie es mit der Hand greifen, und doch so unendlich weit entrückt. Sie sagte sich, ohne

zu frösteln, daß sie alles das gehabt habe, und daß sie nie wieder, als dieselbe, denselben Weg betreten könne. Es war nur ein kurzes Verweilen, ein Facit, wie wir es manchmal in einer nachdenklichen Minute vom ganzen Leben ziehen; dann erhob sie sich auch schon wieder von der Matt, gesonnen, mutig weiter zu schreiten.

Jetzt vernahm man allerhand Töne und Stimmen von draußen, die den anbrechenden Arbeitstag verkündeten: das Rasseln der Hofeklapper, welche die Arbeiter zusammenerief, menschliche Stimmen, dazwischen das Blöken des Viehes, Hufklappern und Wagengeratter.

Wie mochte es da draußen aussehen? Klara richtete sich in den Kissen auf, durch einen Blick überzeugte sie sich, daß Erich noch fest schlafte. Sie erhob sich, wohl darauf bedacht, ihn nicht zu wecken. Am Abend zuvor hatten sie die Fenster offen gelassen hinter den Rollvorhängen. Sie zog den einen in die Höhe und blickte hinaus.

Also das war Grabenhagen!

Vor ihr lag das Dorf: einige dreißig meist strohgedeckter Katen. Hinter den bescheidenen Häuschen mit ihren Holzställen und eingezäuntem Gemüseland begann sogleich das Feld. Nichts Großes war in dieser Landschaft ohne Hintergrund, der Horizont flach, keine Abwechslung von Berg und Thal.

Wie verschieden dieser Anblick von dem, was sie von der Heimat her gewohnt war. Wenn sie in Burgwerda zum Fenster hinausblickte, sah sie tief unten am Fuße des Bergfelsens das Städtchen liegen — das mit dem väterlichen Schlosse gleichen Namen hatte — Häuser und Gassenplätze eng zusammengedrängt in das schmale Thal eines Flühchens. Und wenn ihr Blick weiter hinaus-schweifte, dann versank er in dem dunklen Grün herr-

licher Waldungen, welche die Abhänge der heimischen Bergketten bedeckten.

Und dagegen hier die Kahtheit der Ackerbene! Und doch war auch in diesem Wilde Schönheit, wenn sie sich auch nicht aufdrängte. Wogende Weizenfelder und saftig grüne Wiesen, daneben schon die Leichensarbe der Ackerholle. Hier und da ein einzelner Baum wie ein Riesenzapfen mit seiner breiten Krone. Dort ein fetter Binselstich: ein safrangelbes Lupinenfeld. Und weiter draußen der duftige Uebergang der einzelnen Töne in den Dunst der Ferne. Darüber der wolkenlose Augusthimmel.

Im Dorfe war Leben. Da marschierte eine Abteilung Schnitter, die Sensen wohlverwahrt im Schuh, über der Schulter, auf der staubigen Straße hinaus. Dann kamen Erntewagen, mit Bierer bespannt; spielend zogen die starken Pferde die leeren Wagen, quersfeld ein über den Stoppel, daß Burschen und Mädchen, die darin saßen, sich an den Stricken festhalten mußten. Hell leuchteten die weißen Hemdsärmel und die bunten Tücher im grellen Sonnenschein. Langsam zogen Schafe auf die Brache hinaus, an jedem Halmchen unterwegs zupfend in unruhigem Gewimmel, eine weißliche Wolke Staubes auf-treibend; gemächlich schritt der alte Schäfer hinterdrein, dem Hunde die Leitung der Herde überlassend.

Aus den Essen der Katen wirbelte der Rauch auf; die Hausfrauen waren also thätig. Wer mochte in diesen Hütten wohnen?

Das waren ihre Katen! Erich hatte es ihr ja mit Stolz wiederholt gesagt: kein Fuß breit Land war in Grabenhagen, der nicht ihm gehörte; das Dorf, mit allem was darinnen, eingerechnet. Er hatte ihr begeistert Schilderungen gegeben von dem Charakter seiner Leute:

oft genug darum als „vaterlandslos“ geschmäht. Von ihnen geht auch der einseitige ernsthafte Kampf gegen den Militarismus aus, dessen Vereinerlichung die unerlässliche Vorbedingung für die Völkerverbrüderung ist.

Die bürgerliche Presse meint, es sei gewiß wünschenswert, die Gegensätze, die Eifersucht und die Rivalität unter den Völkern zu beseitigen, aber der nordamerikanische „Imperialismus“ sei noch nicht gefährlich und da könne man zusehen. Daraus kann man erkennen, wie wenig diese Presse ihre Zeit versteht.

Politische Uebersicht.

Politische Halbwelt.

Nach der Landtagswahl in Favoriten, in der Genosse Viktor Adler den Antisemiten das Mandat entriß, schrieb das offizielle Organ der christlich-sozialen Partei, daß Duzende von Priesterinnen der freien Liebe, zum Teil Vorbedürfnissen, persönlich für die Wahl Adlers agitiert und Wahlschlepperdienste geleistet haben.

Die Wiener Arbeiterzeitung nannte daraufhin den Redakteur der deutschen Zeitung öffentlich einen „Zeitungsstrolch“, einen „ehrselosen Schuft“ und einen „niederträchtigen Lumpen“, mit der ausgesprochenen Absicht, den Ehrenmann zur Anstrengung einer Ehrenbeleidigungsklage zu zwingen.

Diese Absicht wurde dann auch insoweit erreicht, als Schaffer thätlich den Klageweg beschritt. Noch ehe es zur gerichtlichen Verhandlung kam, suchten die antisemitischen Straßener in niederösterreichischen Landtag diese Anschuldigungen mit schielenden Anzüglichkeiten zu wiederholen, holten sich jedoch schon bei dieser Gelegenheit eine empfindliche Abfuhr.

Inzwischen nahm die gerichtliche Prozedur ihren schleppenden Fortgang. Aus dem Kläger wurde bald ein Angeklagter; Herr Schaffer suchte zu beweisen, daß er „im guten Glauben“ gehandelt habe, und ließ als Zeugen dieser Behauptung die ganze antisemitische Ehrengarde aufmarschieren, die jetzt die Hönswacht der Kaiserstadt Wien in Nacht genommen hat. Als Urheber des ganzen Schwindels, als Ergänziger und vornehmster Lügenverbreiter, wurde dabei der Beherrscher von Wien, Herr Oberbürgermeister Duzger, entlarvt, der die ganze Geschichte von A bis Z sich aus den Fingern gelogen und seinen Familiens Arman zur Bestätigung dieser Lügen gedungen hatte.

Es erfolgte nun die Vorladung der Notabilitäten der Stadt Wien vor Gericht. Da geschah etwas Pflöschliches: vier Tage, nachdem Schaffer seine Zeugen benannt hatte, nahm er seine Klage zurück und entzog dadurch jeder weiteren gerichtlichen Ermittlung den Boden. Umsonst wird er das jedenfalls nicht gethan haben.

Die Antisemitenbande, in deren Händen die Stadt Wien ist, hat sich also außer Stande gesehen, ihre ehrlosen Ehrabschneider vor Gericht zu vertreten. Vor der Lust des Gerichtssaales haben die antisemitischen Strolche einen sehr bezeichnenden Respekt. Es ist bis jetzt noch kein antisemitischer Staudalprozess vorübergegangen, ohne die Galgenphysiognomien des Gesindels zu beklenden, daß das Wiener Kleinbürgertum und Lumpenproletariat zu seinen Göttern erkoren hat. Man kann fast bedauern, daß die Wiener Genossen nicht ihrerseits gegen die Verleumder Klage angestrengt und ihnen so die Flucht aus dem Gerichtssaal ermöglicht haben.

Die königliche Prozession.

Aus London schreibt man uns: Die Hauptstraßen der inneren Teile der britischen Metropole haben Festeschmuck angelegt. Die Geschäfte sind geschlossen, in vielen Fabriken ruht die Arbeit und die Volksmassen schließen sich den verschiedenen Soldatentruppen an, die ruhig und gemächlich nach dem Centrum der Stadt ziehen. Die Soldaten besetzen die Hauptstraßen, jedoch wird der Verkehr nicht abgsperrt. Fußgänger und Wagen bewegen sich ungestört, nur in langsamem Tempo; Soldaten und Schutzleute machen ihnen bereitwilligst Platz. Der Gegensatz zwischen Royalismus und Volk ist nicht im geringsten sichtbar. „Wir achten den König, der das Geseß achtet“, sang vor mehr als einem Jahrhundert der englische Dichter Cowper. Das Ideal der Nationalsozialen: Krone und Demokratie scheint hier verwirklicht zu sein. Am Trafalgar Square ist eine Tribüne errichtet, wo der Vertreter des Londoner Grafschaftsrats, der modernsten Municipalität der Welt, dem König eine Ergebenheitsadresse überreicht. Nur wenige Minuten dauert die Scene. Der König zieht weiter; sein Bestimmungs-ort ist die City, der Mittelpunkt der britischen Finanz. An der Grenze der City wartet in mittelalterlicher Pracht der Vordmajor und überreicht als Zeichen der Huldigung dem König das Schwert, das er bald wieder seinem ursprünglichen Besitzer

zurückgibt. Mit dem Vordmajor an der Spitze bewegt sich der Zug nach der Guildhall, der Halle der mittelalterlich-municipalen Gesinde, wo der König bewirte wird. Er führt sich hier wohlher als am Trafalgar Square, in Gegenwart des Vertreters des Municipalsozialismus. Die ganze Anlogik des modernen englischen Denkens, das Festhalten an Formen, deren materielle Grundlagen längst verschwunden sind, offenbaren sich hier in ihrer ganzen Komik. Und doch ist das englische Volk besonders stolz auf seinen Sinn für Humor, der nach tiefster britischer Ueberzeugung allen anderen Nationen gänzlich fehle.

Deutsches Reich.

Parlamentärbriefe.

Aus dem Reichstage.

D. Berlin, 25. Oktober. Die heutige Sitzung wurde vor kaum drei Duzend Abgeordneten eröffnet, die sich vielleicht im Laufe der Verhandlungen um noch drei Duzend vermehrten. Es fragt sich unseres Erachtens denn doch, ob die Linke, und in allererster Linie unsere Partei, nicht das Recht und die Pflicht hat, zu verlangen, daß eine so gewichtige und für die Volksmassen ungeheuerliche Vorlage wenigstens vor beschlußfähigem Hause verhandelt wird; zweifellos aber muß unsere Fraktion verlangen, daß diejenigen, denen die Fortsetzung der Verhandlung am Herzen liegt, da sind und das Haus beschlußfähig erhalten. Wollen die Rechte und das Centrum aber durch ihre Abwesenheit demonstrieren, daß ihnen, wie sie nach außen hin behaupten, in der That an der Beratung nichts liegt, wenn die Regierung nicht nachgibt, so hat unsere Fraktion erst recht keinen ersichtlichen Grund, diesen gemeingefährlichen Wechselbolg durch eine Verhandlung länger am parlamentarischen Leben zu erhalten. Die Version, die heute bei dieser unehört schwachen Besetzung des Hauses, noch dazu bei einer so gewichtigen Position des Tarifes, verbreitet wurde, daß unsere Fraktion nach Bebel's Rede die Vertagung beantragen würde, scheint uns deshalb einer inneren Berechtigung keineswegs zu entbehren.

Sieht man von dieser, allerdings wie wir meinen, sehr wesentlichen Gesichtspunkte ab, so hat die heutige Verhandlung für die Bekämpfung des Wuchertarifs wenigstens in der großen Rede Bebel's einen positiven Gewinn gebracht, einen Gewinn, der bei einer Lektüre dieser Rede noch größer sein wird als beim bloßen Hören derselben, so sehr wurde sie beim Hören durch die Masse der speziellen Materialien und komplizierten Zahlenverhältnisse erdrückt, besonders da, wo sie sich allein mit dem eigentlichen Thema, den Viehzöllen, befaßte. Desto wirksamer auch für die Zuhörer war sie besonders im Eingang, wo Bebel nun endlich von seiten unserer Fraktion die energische Abrechnung mit der Regierung und den Wucherpartei über die derzeitige Lage der Dinge ausgiebig und treffsicher vornahm. Von einer allgemeinen großzügigen Kritik der agrarischen Verhältnisse ausgehend, behandelte Bebel dann in gründlicher Weise die Fleischnot und Fleischteuerung, was um so dankbarer zu begrüßen war, als man nicht weiß, wann die Regierungen mit ihren diesbezüglichen Erhebungen fertig sein werden und unsere Interpellation über diesen Gegenstand beantwortet werden. Ausgezeichnet hierbei wieder war die Art und Weise, wie Bebel die offenen Vermittlerdienste des preussischen Landwirtschaftsministers und des Erfurter Regierungspräsidenten für die verächtliche Viehzentrale des Herrn Ring festnagelte und dadurch Herrn v. Podbielski zwang, später die interessanten Vorgänge in seinen Vorzimmern zu enthüllen.

Auch den bayerischen und sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Lotke Bebel heraus und veranlaßte insbesondere den sächsischen Bevollmächtigten, einen Finanzrat Krüger, einzugestehen, daß er so wenig über die Handlungen seiner Regierung unterrichtet ist, daß er nicht einmal den vor einigen Tagen veröffentlichten, vielbemerkten Erlaß der sächsischen Regierung kannte, der für die Vieheinfuhr aus Oesterreich endlich einige wenige Erleichterungen brachte.

Den Schluß der heutigen Beratung bildete eine turbulente Rede des pommerischen Junferfreundes, des freikonservativen Herrn Gamp, der eine Stunde lang von Gott und aller Welt sprach und so nebenbei auch noch die 3/4stündige Rede Bebel's Punkt für Punkt — widerlegen wollte. Das politisch Bedeutsame dieser letzten Rede des Tages war der offensichtlichste Hinweis auf eine baldige Verständigungsmöglichkeit der Ueberagrarier mit der Regierung auf der Basis einer neuen „mittleren Linie“. Es erscheint in der That je länger je mehr wahrscheinlich, daß während nach außen die parlamentarische und allgemeine politische Lage einen tosen Wirrwarr zeigt, sich in aller Stille zwischen der Regierung und den Wucherpartei allerlei Drähte ziehen, die zu einer Verständigung führen werden.

Zwischern wie von einem Flug Stare. Sie neckten und haschten sich, den Schulweg zum Spielen benutzend, eines gukte noch schnell ins Buch, wohl im Bewußtsein, daß die Lektion nicht ganz fest sitze.

Jetzt trat aus der Thür der nächstgelegenen Stute eine Frau, an der Hand einen Knaben führend. Es war ein winziges Kerlchen, schleppte sich aber schon mit Büchern, Tafel und Heften.

Mara konnte die Züge von Mutter und Kind genau erkennen. Die Frau war sauber gekleidet und hatte ein angenehmes Gesicht. Sie ging ein Stückchen Wegs mit dem Kinde, dann beugte sie sich nieder und sagte ihm etwas. Die Worte waren für Mara unverständlich, aber aus jeder Bewegung war Zärtlichkeit zu lesen. Der Junge, der die ganze Zeit über schon den anderen Kindern nachgeblickt hatte, nickte nur mit dem Kopfe, und sprang, sobald ihn die Mutter freigelassen, ausgelassen wie ein Böckchen den Kameraden nach.

Die Frau blieb noch eine Weile auf ihrem Platze, die Hand über die Augen haltend zum Schutz gegen die Sonne. Wie sie so stand, war zu erkennen, daß sie erwartete.

Es war ein durchaus einfacher Vorgang, aber Mara war ihm mit atemloser Spannung gefolgt. Was sie daran so ergreifend fand, daß es ihr die Thränen zu den Augen trieb, wußte sie selbst nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Zu den Viehzöllen werden vorläufig von unserer Seite noch die Genossen G a s e und S e g i t sprechen.

Die heftigen Landtagswahlen

finden an diesem Mittwoch statt. Abgesehen von Offenbach-Stadt und -Land ist von einer eigentlichen Wahlbewegung dank des indirekten Wahlsystems wenig zu verspüren. In Offenbach kandidiert der frühere Reichstagsabg. Dr. Gutfleisch wieder, der die heftige Universitätsstadt im Landtag schon viele Jahre hindurch mit einer freiwilligen Zwischenpause vertritt. Unsererseits kandidiert Genosse Ed. Krumm. An Gutfleisch's Wiederwahl ist nicht zu zweifeln, da unsere Leute vermutlich gar nicht die erforderlichen Wahlmänner aufzustellen vermögen. In Mainz ist die Wiederwahl unserer bisherigen Vertreter David und Haas ziemlich sicher. Ein von den Ultramontanen geplantes Rudelstümmel mit den übrigen bürgerlichen Parteien ist nicht zu Stande gekommen. Dadurch ist unseren Genossen die relative Mehrheit gewiß und diese entscheidet bei der Wahlmännerwahl. In den beiden Offenbacher Kreisen — so wird uns von dort geschrieben — lobt der Wahlkampf in bisher nie dagewesener Weise. Die Gegner wollen unter allen Umständen den Stadtkreis wieder zurückerobern, den wir vor sechs Jahren erkmäßig gewannen. Ulrich muß aus dem Landtag! Das ist die Parole der vereinigten Gegner, die sich darüber beklagen, daß wir von ihnen als einen Rudelstümmel rden. Und nirgends dürfte diese Bezeichnung mehr am Platze sein, wie gerade in Offenbach. Im Lande kommen neben unserer Partei nur die Centrumskräfte in Betracht, in der Stadt nur die Nationalliberalen. Beide haben sich seit vielen Jahren, wie in anderen Kreisen auch, auf das Schlimmste befehdt. Der Eisenacher Parteitag proklamierte den Kampf gegen das Centrum, die Bormser Drehscheibenmänner haben in ihrem Programm als vornehmsten Punkt den Kampf gegen die Ultramontanen proklamiert, in Offenbach führte beide der Haß gegen die Sozialdemokraten zusammen. Allerdings war die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur eine schwere Geburt. Die Nationalliberalen sowohl wie auch die Ultramontanen haben im Landtag so viel geflündelt, daß sie nicht daran denken durften, einen der Ihren in Offenbach aufzustellen, und so haben sie sich entschlossen, einen „freisinnigen Vereinigten“ als Kandidaten zu nominieren, ein Weichen, das politisch in Offenbach ganz im Verborgenen blüht, da dort die freisinnige Vereinigung nur in dem einen Exemplar vertreten sein dürfte. Aber die Kandidatur hat noch einen andren außerordentlich pikanten Beigeschmack. Da sich die führenden Leute der beiden Kompromissparteien, Freimaurer und Jesuiten, aus religiösem Haß früher gegenseitig fast aufgefressen hätten, so wollten die Protestanten keinen Katholiken und die letzteren keinen Lutherischen acceptieren, und so griffen sie zu — einem israelitischen Fabrikanten. Ist das nicht ein bezaubernd schönes Bild: die brotwerbenden Protestanten und Katholiken stellen einen israelitischen Millionär als gemeinsamen Kandidaten auf, der mit zu den — Nichterischen zählt! Der Ausgang des Kampfes ist nicht abzusehen, da relative Mehrheit entscheidet und die Arbeiter bei dem indirekten Wahlverfahren mit den vielen Kantelen der Bourgeoisie gegenüber sehr im Nachteil sind.

Im Wahlkreise Offenbach-Land kandidiert Ulrich gleichfalls. Dieser Kreis war seither von dem Genossen Rau vertreten und gilt als sicher. Der Gegenkandidat ist ein ultramontaner Bürgermeister.

Die Gegner haben im Wahlkampfe gelogen, daß es geradezu ein Skandal ist. Nur eine unbequeme Thatsache haben sie ins Treffen geführt. Wir fordern in Hessen das direkte Wahlrecht auf Grund des Parteiprogramms vom 20. Jahre ab; dem gegenüber erinnern die Gegner an die Zustimmung der bayerischen Landtagsfraktion zu der bekannten Wahlrechtsresolution, in der der Hinaussetzung des Wahlalters vom 21. auf das 25. Jahr Konzessionen anscheinend gemacht wurden.

Die heftige Wahlbewegung zeigt wieder, wie geradezu erbärmlich das indirekte Wahlverfahren ist. Kreise, die wir bei direkter Wahl im Stimm nehmen könnten, müssen wir dem Gegner überlassen, weil wir keine eigenen Wahlmänner haben.

\* Berlin, 27. Oktober. Der Reichsanzeiger veröffentlicht amtlich die Ernennung des Regierungspräsidenten Dr. Wenzel in Wiesbaden zum Oberpräsidenten von Hannover. Zu seinem Nachfolger in Wiesbaden ist der Oberpräsidentialrat Hengstenberg in Breslau ernannt.

Die Vorlage über die städtische Untergrundbahn hat die Verkehrsdeputation beschäftigt. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, vielmehr mußte die Entscheidung der vorgerückten Zeit wegen ausgesetzt werden. Wie der Volalanzeiger jedoch mitteilt, war die Stimmung dem Projekte durchaus günstig, so daß seine Durchführung, soweit die städtischen Behörden in Betracht kommen, als gesichert erscheint.

Zimmer temperamentvoller dementiert jetzt die Norddeutsche Allgemeine. Die zugedropfte Geheimratskaffe schlägt jäh in die Siedehitze überreizter Wahloisigkeiten um. Das Offiziösenblatt verliert alle Selbstbeherrschung und wird grob, saugrob; es schimpft wie ein Wuchweib, wenn man seinen Herrgott, den Grafen Bilow, antastet. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die von der Erziehung des Verhältnisses zwischen dem Kaiser und Bilow berichtet hatte, wird angefahren, daß ein albernere Schwindel noch nie in einem Blatte gestanden habe, „daß auf politische Bedeutung und nationalen Takt Anspruch macht“, und die übrige publizistische Welt wird ausgedem verschert, daß „auch nicht ein wahres Wort an der ganzen Geschichte“ sei.

Man fragt sich erstaunt, warum eigentlich die Dementierarbeit der Offiziösen mit solcher Wucht einsetzt. Auf ruhige Sicherheit läßt diese Nervosität eben nicht schließen.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Jacobsen hat in der That sein Mandat wegen seines Uebertritts zur Sozialdemokratie niedergelegt. Er war einer der thätkräftigsten Förderer des verstorbenen M. v. Egidy. Ursprünglich bearbeitete er den Schleswiger Wahlkreis für Egidy. Als aber dieser die Bedingung der ausschlaggebenden Wähler, nach der Wahl in die freisinnige Fraktion einzutreten, ablehnte, nahm Jacobsen selbst das Mandat an und trat als Kandidat der der freisinnigen Volkspartei bei. Im Wahlkreise Schleswiger Ehrenfürde waren 1898 bei der Reichstagswahl 6357 freikonservative, 5895 freisinnige und 4116 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Bei der Stichwahl siegte Jacobsen mit 10 029 gegen 6820 Stimmen.

Der Wahlkreis Schleswig-Ehrenfürde ist seit dem Jahre 1874, wo der dänische Partikularist unterlag, linksliberal vertreten gewesen, 1884—1898 durch den Hofbesitzer Borensen, der im Kreise sehr beliebt war. Im Jahre 1893 erzielte die Sozialdemokratie einen ersten Achtungserfolg, indem sie ihre Stimmenzahl verdoppelte und mit den Freisinnigen in die Stichwahl

wie treu sie seien, wie ehelich und wie anhänglich an die Herrschaft. Ganz anders müsse sie sich das Leben hier vorstellen, als in ihrer Heimat, wo von wirklich „patriarchalischen Zuständen“ keine Rede mehr sei.

Und hier war sie nun die Herrin! Dies sollte in Zukunft ihr Bereich sein, ihr Wirkungskreis. Denn das hatte ihr Erich auch schon erklärt: so wie es die Damen in anderen Gegenden vielfach machten, auf dem Lande leben wie die Städterinnen, um nichts sich kümmernd, alles den Diensthoten überlassend, das war hier unmöglich. Er hatte ihr den weitläufigen Apparat der Gutswirtschaft auseinanderzulegen versucht: das Hauswesen, die Außenwirtschaft und wie das alles ineinander griff. Er hatte sie auch darauf vorbereitet, wie schwer sie sich in das Getriebe finden werde. Aber sie hatte sich nicht bange machen lassen. Wenn man mit Liebe heranging an Menschen und Dinge, dann mußten sie sich fügen! Und sie liebte dieses Grabenhagen ja schon: das Dorf da unten, die Stuten, die Menschen darinnen, ohne sie zu kennen. Denn diese da waren ihr anvertraut, mit offen ihren Sorgen und Nöten; sie sollten ihr ja auch einen Ertrag bieten für die Armen, die sie daheim in Burgwerda hatte verlassen müssen.

Jetzt öffnete sich hier und da eine Thür. Kinder traten hinaus und eilten am Herrenhause vorbei, alle in einer Richtung von dannen. Dort hinten müsse wohl also die Schule liegen, folgerte Mara. Das war ein

Bei den Wahlen von 1898 erlitt die Partei einen vorübergehenden Rückschlag; der neue Kandidat der Liberalen, Jacobson, agitierte im Sinne der Freisinnigen Volkspartei, was indirekt seinem konservativen Gegenkandidaten zu gute kam und diesem zur Stichwahl verhalf. Jacobson siegte dann durch die Unterstützung der Sozialdemokratie. Die Freisinnige Volkspartei stellte nach dem gescheiterten Zusammenbruch Jacobsons den Kaufmann Rappport-Hamburg, die Sozialdemokratie den Cigarrenarbeiter Hünche-Lägerdorf auf. Eine agrarische Kandidatur war zwar noch nicht zu stande gekommen, wird aber zweifellos nicht ausbleiben. Der Wahlkreis ist überwiegend ländlich; im Bezirk Schleswig herrscht der Bauernstand, im Bezirk Osterode der Großgrundbesitz vor; der letztere Bezirk bringt der Sozialdemokratie die meisten Stimmen.

**„In Oberschlesien machen wir das halt so!“** Vor einigen Tagen ging eine kurze Nachricht durch die Presse von der Festlegung eines polnischen Redakteurs auf dem Transport. Das Oberschlesische Tageblatt bestätigt jetzt die fast ungläubliche Thatsache, daß der Redakteur Hoffmann auf dem Wege vom Bentliner Bahnhof nach dem Landgericht mit einem Zuchthändler zusammengepackt transportiert worden ist. Als Hoffmann dabei den Beamten darauf aufmerksam machte, daß er nur wegen Preßvergehens verurteilt worden sei und nur noch wenige Tage zu verbüßen habe, ein Fluchtverbot also nicht anzuheben sei, meinte der Beamte, es würde Hoffmann noch öfter passieren, daß er gefesselt werden müsse. Wenn allerdings das souveräne Verleben des nächsten besten Gendarmen oder Gefangenewärters darüber entscheiden soll, ob ein Preßhändler wie ein Zuchthändler zu behandeln ist, so ist es schon möglich, daß dem polnischen Redakteur das „noch öfter passieren“ wird.

**München, 26. Oktober.** Der bayerische Justizminister, Herr v. Leonrod, hat, wie bereits kurz mitgeteilt, sein Abschiedsgesuch eingereicht und will sich am 13. Dezember, seinem 73. Geburtstag, pensionieren lassen. Er amtiert seit dem Jahre 1887 als Justizminister und war in den letzten Jahren nicht mehr als eine lebende Dekoration. Als junger Staatsanwalt soll er recht schnell und besonders scharf auf die Presse gewesen sein; aber das hat sich inzwischen völlig verloren. Im letzten Landtage spielte der fürverlich noch recht rüstige Herr einige Male eine geradezu mitteleuropäische Rolle, und es ist in der That höchste Zeit, daß er sich in Pension begibt. Sein Nachfolger wird nach einer offiziellen Meldung der Staatsrat im außerordentlichen Dienste und Bundesratsbevollmächtigte Dr. Herrmann Herr v. Stengel sein. Dieser ist Ratholt und wird später das Ressort des Finanzministers v. Niedeck übernehmen, dessen Abgang ebenfalls nahe bevorsteht, während dann der Oberlandesgerichtspräsident v. Thelemann das Justizportefeuille bekommen soll. Da letzterer Protestant ist, so muß er mit Rücksicht auf das Centrum warten, bis ein protestantischer Minister — Herr v. Niedeck — geht, damit die Parität nicht verletzt wird.

**Stuttgart, 26. Oktober.** Am nächsten Dienstag finden die Ersthauptwahlen in den drei durch den Tod ihrer Abgeordneten verwaisten Landtagswahlkreise statt. Es ist ein seltener Fall, daß drei Hauptwahlen an einem Termin stattfinden; die Wahlen gewinnen hierdurch an Bedeutung. Man wird ihrem Ergebnis symptomatischen Wert für die kommenden Reichstagswahlen beimessen dürfen, zumal diese Hauptwahlen sich im Zeichen des Volkstempes vollziehen, wozu letzterer, obgleich keine landespolitische Frage im engeren Sinne, bei seiner ungeheuren Wichtigkeit doch die Wahlen beherrscht.

Im schwarzen Havensburg standen bei der allgemeinen Landtagswahl im Jahre 1900 8855 Centrumsstimmen nur 897 liberale und 121 sozialdemokratische gegenüber. Dem Centrum ist dieser Kreis vorläufig nicht zu entreißen, es ist aber zu hoffen, daß wir einen ansehnlichen Stimmengewinn erzielen. Nationalliberale und Volkspartei haben sich auf einen „liberalen“ Kandidaten mit gut katolischer Gesinnung geeinigt. Für das Centrum kandidiert der Oberamtspfleger Schlachte. Wäre im schwarzen Oberland für die Nichtkatholiken viel zu holen, so würde der Bauernbund die deutsche Partei längst ausgeschaltet haben. So aber verlohnt sich's ja nicht.

Besser sind für ihn die Aussichten schon im Oberamt Taubingen, wo schon im Jahr 1900 sich ein bauernbündlerischer Kandidat einmischte. Die Volkspartei siegte damals noch mit 2167 Stimmen, der Bauernbund brachte es aber schon auf 1240, während unsere Partei in diesem hinterwäldlerischen Gebiet nur 56 Wähler zählte.

Am heftigsten wird der Kampf aber in Heilbronn-Um geführt, wo unsere Partei um das Mandat ringt. Hier wiegt sich das Interesse auch durch die Kandidatur des allbekanntesten Oberbürgermeisters Hegelmaier von Heilbronn. Er segelt zwar unter konservativ-bünderlicher Flagge, behält sich aber in allen politischen Fragen völlige Freiheit der Entscheidung vor und hat sich auch höchstselbst als Kandidat aufgestellt. In früheren Jahren trat in diesem Bezirk die Deutsche Partei ernstlich als Vereinerbittet auf. Dem Spatz Hegelmaier fiel es indes nicht schwer, sich in das deutschparteiliche Schwälbennezz zu setzen; er traf es leer und in halb verwahrlostem Zustand an. Erst als er fest sah und sich spreizte, flatterten einige Schwälben auf und zwitscherten etwas von dem neuen Patron, der sich in das gewärmte Nest eindränge. Doch ärgerten die gutmütigen Schwälben nicht lange und ließen sich am Ende gar noch herbei, dem ungebetenen Eindringling auch noch das Futter zuzutragen, und so wird Hegelmaier am Dienstag sich der Unterstützung des letzten Häuptlins nationalliberaler „Mannesleuten“ in diesem Bezirk erfreuen. Ob er aber damit zum Siege gelangen wird, ist sehr die Frage. Die Bauern mit wackerer agrarischer Gesinnung für ihn durch dick und dünn; aber diese Leute werden in dem die Handels- und Industrieort Heilbronn umkränzenden Bezirk allmählich stark zurückgedrängt. Auf das Centrum, das über 200—300 Stimmen verfügt, kann sich Hegelmaier auch nicht mehr verlassen; denn dieses wird ihm nie vergehen, daß er bei der letzten Reichstagswahl versprach, für die Zulassung der Jesuiten einzutreten, im Reichstag bei den Abstimmungen aber den Dürckeburger spielte. Da nun aber die Volkspartei durch die agrarische Haltung des freiberger Abgeordneten viel verspielt und auch in ihrem jetzigen Kandidaten, dem Bauern Haguer keine glückliche Wahl getroffen hat, so ist es immerhin möglich, daß Hegelmaier mit unserem Genossen Schöffler in die Stichwahl kommt. In diesem Falle würden unsere Aussichten die allerbesten sein, denn die betrogenen Centrumswähler, die bei der Hauptwahl von der Parteileitung auf eine Wahlkandidatur verpflichtet wurden, hätten in der Stichwahl gefallos wohl nicht wieder für Hegelmaier eintreten und die Volkspartei, die in Hegelmaier mit Recht die personifizierte Schuldenrentalität haßt, könnte unmöglich zu seinem Siege beitragen. Das Stimmverhältnis war im Jahre 1900: Sozialdemokratie 1264, Volkspartei 1317,

nationaler Wismasch 816, Centrum 236; Stichwahl: Sozialdemokratie 1756, Volkspartei 1932.

**Schweiz.**

**Die Nationalratswahlen.**

**Bern, 26. Oktober.** Bei der heutigen Gesamterneuerung des Nationalrates, dessen Mitgliederzahl infolge der Vermehrung der Bevölkerung von 147 auf 167 steigt, wurde die starke radikal-demokratische Mehrheit bestätigt. Die noch vorzunehmenden Stichwahlen können an diesem Ergebnis nichts ändern. Die Sozialdemokraten erhalten einen Zuwachs von 2—3 Mandaten und dürften damit auf etwa 8 Mandate kommen.

Nach einer Hirsch-Meldung hat in Genf der Generalstreik zur Folge gehabt, daß die Liberalen bedeutend gewonnen, im ersten Wahlgang wurden 2 Radikale und 2 Liberale gewählt. Auch in den anderen Bezirken haben die Liberalen eine starke Mehrheit zu verzeichnen. In Basel kommt es zu Stichwahlen.

**Frankeich.**

**Das Schiedsgericht.**

Die Verwaltungsräte der Bergarbeiter-Fachvereine der Departements Nord und Pas-de-Calais haben dem Ministerpräsidenten Combes telegraphisch mitgeteilt, daß sie keine schiedsrichterliche Entscheidung annehmen. Sie bemerken dazu, daß sie über seinen Einfluß zur Beilegung der Lösung der Frage rechnen, bringen ihm die Forderungen der Grubenarbeiter in Erinnerung und berufen sich auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten über die Durchführung der gesetzgeberischen Reformen, an denen die Bergleute interessiert sind.

Es heißt, daß in der Sonnabend-Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Combes und dem Präsidenten des Komitees der Kohlengruben Darcy letzterer erklärt habe, daß das Komitee sich nicht für berechtigt halte, an die Stelle der Kohlengruben-Gesellschaften zu treten. Diesen könne es zu, ihre persönliche Meinung über die Bewilligung der Forderungen ihrer Arbeiter bekannt zu geben. Combes wird die Unterhandlungen fortsetzen; man glaubt, daß er sich an die Direktoren der einzelnen Gesellschaften wenden wird.

**Großbritannien.**

**Chamberlain nach Südafrika.**

**London, 26. Oktober.** Das Kolonialamt veröffentlicht folgende Note: König Eduard hat den Vorschlag gebilligt, nach welchem der Staatssekretär für die Kolonien demnächst sich nach Südafrika begeben soll, um an Ort und Stelle die Fragen, die durch den Krieg aufgeworfen worden sind, zu erledigen. Chamberlain hofft, Gelegenheit zu finden, mit den Vertretern sämtlicher in Frage stehender Interessen in Verbindung zu treten und einen Meinungs-austausch über die zu befolgende Politik herbeizuführen. Der Kolonialminister gedenkt England im November zu verlassen und im März wieder zurückzukehren. Er wird die Kapkolonie, Natal, den Orangestaat und Transvaal besuchen. Die Morgenblätter kommentieren die Note; die konservativen billigen das Verhalten vollständig und meinen, daß es zur Verhütung der Gemüter beitragen wird, die Liberalen glauben, daß die Reise nötig sei durch das Auftreten der intransigenten Royalistenpartei in Johannesburg und anderen Orten, die man dadurch zum Schweigen bringen wird.

**Der „tolle Mullah“.**

Schon seit einiger Zeit munkelt man in der Presse von der Vernichtung einer englischen Streitmacht im Somaliland durch den Führer der Dervische, den „tolle Mullah“. Die plötzliche Abreise Lord Kitcheners nach Ägypten liehe diese Nachricht zu bestätigen. Jetzt meldet das offiziöse Reutersbureau aus Aden, daß die im Somaliland stehende britische Streitmacht am 6. Oktober in dichtem Gestrüpp von dem Feinde angegriffen wurde und entschlossenen Widerstand leistete. Infolge einer Verwirrung in dem Hauptquartier sei jedoch die englische Vorkesslinie durchbrochen worden; ein Mazingeschütz fiel in die Hände des Feindes und auch die Geschützbespannung geriet in Unordnung. Endlich wurde der Feind durch den Obersten Swayne zurückgetrieben und eine Barida errichtet. Durch einen darauf folgenden Ausfall wurde der Feind alsdann verjagt und ließ 62 Tote auf dem Kampfplatz zurück. Die Engländer verloren 70 Tote und 100 Verwundete.

Die italienische Regierungsblätter teilen offiziös mit, daß die italienische Regierung in dem Konflikt zwischen dem Mullah und den Engländern nur dann eingreifen würde, wenn der Mullah in das italienische Gebiet des Zululandes einfallen würde.

**Aus der Partei.**

**Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse** hat in einer unseren Lesern bekannten Erklärung bekundet, daß weder der frühere noch der neue Vorstand den Auftrag erteilt habe, ein Ermittlungsverfahren gegen die Leipziger Volkszeitung einzuleiten. Die Erklärung war zur Hälfte überflüssig, da der neue Vorstand niemals in den Verdacht geraten war, einen solchen Auftrag erteilt zu haben, aber zur anderen Hälfte war sie von einer dankenswerten Deutlichkeit, indem sie auch den alten Vorstand von dem gleichen Verdachte befreite. Ein Zweifel daran schien um so weniger zulässig zu sein, als von den drei Unterzeichnern der Erklärung die Genossen Kautsky und Glöckle zwar nur erst dem neuen Vorstand angehören, der Genosse Thiele aber der Vorsitzende des alten Vorstands war.

Kaum jedoch hatten wir die Erklärung in Händen, als Genosse Thiele uns telephonisch mitteilte, sie sei gerade in dem entscheidenden Punkte falsch; der frühere Vorstand habe allerdings den Auftrag erteilt, ein Ermittlungsverfahren gegen die Leipziger Volkszeitung einzuleiten. Damit nicht genug, erklärt Genosse Thiele in einer Zuschrift an den Vorwärts und in einem Artikel des Halleischen Volksblatts, der Zweck der Erklärung sei, oder die Erklärung sei dahin zu verstehen, daß der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse nicht die Veröffentlichung der Blättch-Broschüre über überhaupt eine Veröffentlichung über den Fall Wittich verursacht habe. Das ist aber von keinem Menschen behauptet, sondern es ist nur gefragt worden, ob und im gegebenen Falle mit welchem Recht der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse ein Ermittlungsverfahren gegen die Leipziger Volkszeitung angeordnet habe. Ganz logischerweise beschäftigt sich die Erklärung des Vorstands nur mit dieser Frage und verneint sie in der denkbar entschlossensten Weise. Mit der Interpretation des Mitunterzeichners Thiele wird die Erklärung aber zu einem Gerede in die leere Luft hinein, und das scheint allerdings die Ansicht des Genossen Thiele zu sein, da er in dem von ihm redigierten Parteiblatt der Leipziger Volkszeitung bereits neue Maßregelungen androht.

Die Rücksicht, nicht auf den Genossen Thiele, aber auf andere beteiligte Genossen hindert uns an einer Kritik dieser sonderbaren Vorgänge. Wir beschränken uns auf das höfliche Ersuchen an den Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, endlich bestimmt und unambiguitätig zu erklären, ob er irgen welche Disziplinar- oder Jurisdiktionsbefugnisse über die Parteipresse beansprucht. Nach allem Vorhergegangenen haben wir ein Recht auf die Beantwortung dieser Frage, die zudem ein allgemeines Parteinterese berührt und von uns in dieser oder jener Form so lange wiederholt werden wird, bis sie mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet worden ist.

**Das Halleische Volksblatt** nennt die Kampfesweise des Leipziger Agitationskomitees und der Leipziger Volkszeitung in einem zwei Spalten langen Artikel dreimal schäbig. Wir konstatieren, daß der Artikel des Halleischen Volksblatts nur eine einzige schäbige Entstellung des wirklichen Sachverhalts ist, etwa mit einer Lücke, worin gesagt wird, daß unsere Kampfesweise „wohl auch in einem anderen Kreise zur Sprache gelangen“ werde. Da raunt also wieder die Geme ihre dunklen Worte.

**Genosse Eisner** sendet uns eine längere Erklärung als tatsächliche Verichtigung zur Aufnahme in unsere Zeitung. Soweit sie „berichtigt“ oder wenigstens „thatsächlich“ ist, berücksichtigen wir sie gern; darüber hinaus können wir nicht gehen. Wenn die Spalten des Vorwärts nach der neulichen Versicherung des Genossen Eisner für „persönlichen Tratsch“ zu kostbar sind, so sind es die Spalten der Leipziger Volkszeitung noch viel mehr.

Genosse Eisner erklärt die „ganze Darstellung“, die wir in unserem Artikel über den Verein Arbeiterpresse von einer Debatte auf der letzten Generalversammlung dieses Vereins gegeben haben, „für unklar und für um so leichtfertiger, als ein Redakteur der Leipziger Volkszeitung in der Versammlung zugegen war, dessen sicheres und scharfes Gedächtnis leicht im Stande gewesen wäre, die Behauptungen der Erregtheit zu forriginieren“. Es thut uns leid, aber mit diesem allgemeinen Bannfluche wissen wir wieder nichts anzufangen. Will Genosse Eisner das, was wir ihn in drei Heften haben sagen lassen, nicht gesagt haben, so genügen drei Worte, um es positiv zu bestreiten. In diesem Fall soll seinem Erinnerungsvermögen durch nähere Einzelheiten „aus sicherem und scharfem Gedächtnis“ nachgeholfen werden.

Die Thatsache, daß ein Redakteur der Leipziger Volkszeitung der Münchener Debatte behauptet habe, geben wir bereitwillig zu. Nach Erwähnung dieser Thatsache, aber nicht in Anknüpfung an sie, sondern in fähem Ausbruch einer schönen Empfindung sagt Genosse Eisner, für ihn würde der Vorwurf „unkollegialer Treulosigkeit“ kränkend sein. Wir wurden dadurch an einen älteren Aufsatz des Genossen Eisner erinnert, worin es heißt: „Jene Todsünde wider den Geist der Publizistik, jenes melneidige — denn der Schriftsteller sollte stets wie unter dem Eid seine Meinungen mitteilen — jenes melneidige Verdecken und Verschweigen der Gedanken tritt an die Stelle der freien Aussprache der Wahrheit in den heißen Stil der inneren Erlebnisse singenden und schwingenden Psyche. Der Unstille freilich findet leicht einen Ausweg. Er bedient sich der frivolsten Maskerade unsagbarer Anspielungen und prostituiert sich zum kleinsten Spasmacher der vulgären Lüsterheit.“ So der Genosse Eisner, und wir können nur bedauern, daß er diese edlen Grundsätze vergessen hat, gerade jetzt, wo er eine so edle Sache vertritt. Hätte er „in dem heißen Stil der inneren Erlebnisse singenden und schwingenden Psyche“ gesagt, was er jetzt in der „frivolsten Maskerade unsagbarer Anspielungen“ sagen will, nämlich daß Genosse Mehring sich einer „unkollegialen Treulosigkeit“ schuldig gemacht habe, so würde im Gut eine Verständigung zwischen ihm und uns erreicht worden sein.

Wir hätten ihm dann sofort zugegeben, daß er von seinem Standpunkt aus vollkommen recht hat. Genosse Mehring hat wiederholt gezeigt — so in diesen Tagen genau vor zehn Jahren, bei dem Kampf innerhalb der Freien Volksbühne in Berlin — daß ihm die prinzipielle Parteifoliarität, die ihn mit den klassenbewußten Arbeitern verbindet, turnhoch über jener partikularen Preßkollegialität steht, die allzu leicht als Deckmantel für den gespreizten Dünkel einer beliebigen Litteratensippe mißbraucht werden kann.

**Soziale Rundschau.**

**Gewerkschaftliches.**

**Triest, 27. Oktober.** Eine am Sonnabend abgehaltene Versammlung der autonöndigen Heizer hat den vom Präsidenten der Gewerkschaft, Ebner, gestellten Schiedspruch angenommen und sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Forderung der Heizer, daß die Kapitäne des österreichischen Lloyd bei der Auswahl von Heizern und Deckmannschaften ausschließlich die von diesen aufgestellte Liste zu benutzen haben, ist hiernach nicht Folge gegeben. Dagegen erklärt sich der Lloyd damit einverstanden, daß die Kapitäne sich in erster Linie dieser Liste bedienen können.

**St. Etienne, 27. Oktober.** Die Zinkarbeiter beschlossen, in den Ausstand zu treten, nachdem ihre Forderungen abgelehnt worden sind.

**Volkswirtschaftliches.**

**Das Genossenschaftswesen** ist in den letzten Jahren in eine neue Periode des Aufschwungs getreten. Die unterzeichnete Kommission ist deshalb von den Mitgliedern des Vereins für soziales Genossenschaftswesen in Berlin gewählt worden, um eine planmäßige Regelung der Agitation für die verschiedenen Genossenschaftsarten sowie die Verbreitung von genossenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen im engeren Kreise anzubahnen. Diesen Zweck denkt die Kommission hauptsächlich durch Vermittlung von geeigneten Referenten für die einzelnen Zweige des Genossenschaftswesens (Konsums, Bau-, Haushaltungs-, Kredit-, Landwirtschaftliche und andere Genossenschaften) zu erreichen. Wir bitten deshalb Männer und Frauen, die geneigt sind, durch agitatorische Vorträge oder durch sachwissenschaftliche Referate auf dem juristischen, historischen, volkswirtschaftlichen und geschäftlichen Gebiete der Genossenschaftsbewegung mitthätig zu sein, um ihre Adressen zugleich mit Angabe des Spezialgebietes, das sie zu bearbeiten gedenken, zur Verfügung zu stellen. Zugleich fordern wir die Genossenschaften, Volksbildungs-, Handwerker- und Frauenvereine, vor allem aber auch die beruflichen Arbeitervereinigungen aller Richtungen auf, die Vermittlung der Kommission auch ihrerseits recht häufig in Anspruch zu nehmen. Sämtliche Zuschriften erbitten wir an den Schriftführer der Kommission, Herrn Max Hoppe, Berlin NW., Spenerstraße 28, Telephon Amt II, Nr. 2635.

Die Agitationskommission des Vereins für soziales Genossenschaftswesen in Berlin: Max Braun, Paul Göhre, Max Hoppe, Fanny Junke, Ernst Loh.

Dierzu zwei Beilagen.

# Warum soll jede Hausfrau Kathreiners Malzkaffee trinken?

Weil es nicht möglich ist, mit anderen von den vielen angebotenen Kaffee-Zusätzen einen wirklich gut schmeckenden und dabei wohlbekommlichen Kaffee zu bereiten. Allein Kathreiners Malzkaffee erfüllt diese Aufgabe vollkommen! Für die Erwachsenen als Zusatz genommen und den Kindern „rein“ gegeben, leistet er in beiden Fällen jeder Hausfrau unschätzbare Dienste.

## Konsum-Verein L.-Plagwitz u. Umgeg.

E. G. m. b. H.

Wegen vorzunehmender Inventur bleibt Montag den 27. Oktober und Dienstag den 28. Oktober die Verkaufsstelle für Schnittwaren und Herren-Garderobe L.-Reudnitz, Senefelder Str. 2 geschlossen. — Wir bitten die geehrten Mitglieder, dies bei ihren Einkäufen zu beachten.

L.-Plagwitz, den 23. Oktober 1902.

Der Vorstand.

**Reichs-Ecke** Stadtbekanntes Küche!  
Hochfeine Biere!  
Reichsstrasse 45/47, Ecke Brühl. Jeden Freitag: Familien-Konzert.  
Täglich Specialgerichte.  
Telephon 5382. [9264] Paul Danneberg.

**Markranstädt** Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Einzelmitglieder Markranstädt.  
Dienstag den 28. Oktober abends 8 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Thüringer Hof.  
Tagesordnung: 1. Der wirtschaftliche Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Referent: Genosse Wilhelm Wittig. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Gau-Konferenz. 4. Gewerkschaftliches. [9579] D. E.

**Verein für Naturheilkunde**  
L.-West  
Dienstag den 28. Oktober abends 7/9 Uhr im Schloß Lindenfeld, Lindenau  
**Grosser öffentlicher Vortrag**  
gehalten von Herrn Gustav Simons  
aus Berlin über das Thema: **Unser tägliches Brot, wie es ist und wie es sein soll.**  
Eintritt frei! Die Mitgliedschaft kann Sonntag den 2. November Ausflug nach Gutzsch. Abmarsch 1/2 Uhr vom Schloß Lindenfeld. — Dienstag den 4. November Grosser Vortrag mit Lichtbildern nur für Herren im Goldenen Adler, Lindenau, Ankerstraße. [9575] Der Vorstand.

**Hôtel de Saxe.**  
Täglich Oktober-Feste nach Münchener Art.  
Konzerte der I. Bayer. Oberländer-Kapelle d'Schliersee.  
Schrammel-Musik! Urfröhe Lieder! Schnadahupf! In, Ghasseln etc.!  
Anfang 7 Uhr. Programm 15 Pfg. G. Hübner.

**Reeller Schuhwaren-Ausverkauf**  
Lindenau, Josephstrasse 43  
**Albert Häder.**  
Das große Lager solid gearbeiteter Schuhwaren soll wegen gänzlicher Geschäftsaufgabe zu den billigsten Preisen ausverkauft werden. Es wird daher jedermann Gelegenheit geboten, seinen Bedarf in guter Ware zu den billigsten Preisen zu decken. [9459]

**Jos. Gremmer's Wwe.**  
Landshut, Bayern.  
Erste und Älteste  
**Brasiltabakfabrik**  
Brasilschnupftabak per Pfd. Mk. 170, Mk. 150 und Mk. 130. Von 6 Pfd. an franco.  
Staniol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf.  
Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Der Arbeiterschaft von Lindenau, Plagwitz u. Umgeg. empfiehlt sich zur Anfertigung von Schuhwaren nach Maß u. zur Ausbesserung u. Reparaturen aller Art. — Billige Preise. [9265] Emil Hentschel Lindenau, Säghener Str. 41, pt.

**Kaufen Sie Ihre Schuhwaren nur bei Max Tack**  
Reichsstrasse 33/35 neben dem Reichsmagazin.  
Gr. Kniv. prämi. Kanarienvögel, Prakt. u. billige Käfige, hoch. Sommerkäben, 5 Pfd. 1.10 Mk., sowie a. Sorten pr. Vogelst. Amelkener, Mehlw., ital. Goldf. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

**Reparaturen**  
an Uhren jeder Art, nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei **Gustav Kaniss**  
Uhrmacher, Tauchaer Straße 6.

**A. M. Herings** beliebte Bonbons, hergestellt aus feinstem Raffinad-Zucker, garant. rein süßlichem präp. Einzel- und Misch, sowie mit Zusatz von Mineralisatzen und Theekütern sind das beste Genussmittel bei Husten und Heiserkeit. Man achte beim Einkauf, um sich vor wertlosen Nachahmungen zu schützen, auf den Namen **Krafton** vom Kaiserl. Patentamt unter Nr. 48426 geschützt. Zu haben in Paketen zu 10 und 20 Pfg. bei Oswin Kötz, Köndt, in Klein- schöder, Baumstr. 11, Anna Jakob, Materialw., L.-Lindenau, Flemingstr. 17.  
**Warzen und Gewüchse** beseitigt: Ernst Ulrich, Barbier Gte. Wolffs- und Brandvorwerkstr.  
**Abbruch Thür. Bahnhof**  
Feuerholz billig.  
Spelack, 3 Weg. (18 Pfd.) 45 Pfg., Gr. 2 Weg. vert. Franz Optiz, Volkmarstr., Luisenstr. 47.

**Reisemuster**  
und andrangerle Waren, gut erhalten, in Sweaters für Herren und Knaben, Unterzeuge, Schürzen etc. bleibt sehr billig ab  
Fabrik: Weststraße 67, pt.

**Bücher kaufen und liefern Krüger & Co., Karprinstr. 12.**  
Die Austräger d. Leipz. Volkszeitung besorgen die Wochenschrift: **In freien Stunden.** Romane, Erzählungen für das arbeitende Volk. à Heft 10 Pfg.

**Käufe und Verkäufe.**  
Schofiola billig zu verkaufen. Großschöder, Hauptstr. 66, I. I.  
Gehr. furnierter Sofa'sch billig zu verkaufen. Stäm, Mittelstr. 1, I. I.  
Sohränge 15-40, Sofa 24, Bettst. m. Matr. 16, Tische, Stühle, Federbetten b. Burgstr. 9, I.  
2 Gebett Betten, 13 u. 18 Mk., sowie 1 Herroschaftbett sof. sehr billig zu verk. Ranstädter Steinweg 4, II.

**Ausverkauf.**  
Selten günstiges Angebot: Mehr als 100 Bettstellen mit Matratzen früher 30 A jetzt 23 A.  
Gerrl. schöne Sofas fr. 80 A jetzt 60, 40 A.  
Warmor-Waschtische 18 A.  
Große Pfeilerpiegel von 6 A an.  
Prachtvolle schöne Gardinen früher 150 A jetzt 100 A.  
Große Auswahl von Vertikos, Kleider-schränken, Kücheneinrichtungen.  
Stammend billig.  
Nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit. **Rühnberger Str. 16, I., P. Brendel.** Auch ist so manches alte Stück billig abzug.  
2 neue Bettstellen u. Matratze billig zu verkaufen. Pl., Karl Heines-Str. 63, III.  
Winter-Heberg, schw. Krimmer, preisw. zu verkaufen. Schulz, Demmeringstr. 8, v.  
Dr. guterh. Winter-Hebergler f. mittl. Statur b. a. v. Pl., Mühlstr. 26, II. W.  
Jadett u. Hebergler f. Arbeiter billig zu verkaufen. Lind., Josephstr. 45, II. I.  
Sehr feiner Pelzerinnenmantel, f. mittlere Statur, bill. u. verk. Köhler Str. 18, IV.  
Nur Damenkleider, Blusen, Jackets, Botten, fast neu. Frau Lory, Barfussgässchen 7, II.  
Damenkleider, Federbetten u. d. Herrsch. bill. zu verk. Plagwitz, Mühlstr. 31 I.  
Eiserne Kochösen billig zu verkaufen. Plagwitz, Braustraße 5, I. r.  
Gr. Hängelampe bill. u. verk. Kirchstr. 17, v.  
10 St. geb. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schneider- u. Schuhm. Masch. billig zu verk. Mühlstraße 20, S. I. I.  
Fahrrad für 86 A zu verkaufen. Lindenau, GutsMuthsstraße 88, IV. r.  
Halbrenner zu verkaufen. Plagwitz, Nonnenstr. 46, III. W.  
Hand-u. Leiterw. b. Pl., Schöderstr. 31b.  
Gand-u. Geschäftsw. u. b. Neusa, Kirchstr. 67  
Präb. Federhandwagen, Brückenwaage u. ff. Kochösen b. a. v. Schf., Dimpfstr. 54, S.

**Familienanzeigen.**  
Unsere lieben Eltern, Herrn **Gustav Franz** u. Frau, die best. Glückwünsche zur heutigen silbernen Hochzeit. Agnes, Hugo, Oswald, Gustav, Marie, Ella u. Max.  
Herzlichen Glückwunsch zum heul. Tage senden Mama, Otto u. Gertrud Wohlseh.  
Unsere lieben Papa die herz. Glückw. u. Geburtag. Mama, Leni u. Gretchen.  
Ihren I. Mann Ad. Kiesel gratuliert zum 35. Geburtag. Frau Anna Kiesel.  
Herrn Weiler, 30. Geburtag ein 383mal donnerndes Hoch. Der Rettungsangest.  
Ihren Freund Hein die herz. Glückwünsche zum Geburtag. Die Dreifolonne J. B. C. B.  
Ihrem I. Onkel Jul. Wilhelm nachträgl. herz. Glückw. u. Geburtag. Tante u. Martha.  
Frau Minna Jung's gratuliert zum 30. Geburtag. Die Dreifolonne J. B. C. B.  
Minna Jung's in Liebertwolkwitz soll leben und Wilhelm daneben. Nun rate mal.  
Robert Seifert soll leben hoch und seine Pauline auch. Selterhausen, W. F. O. W.

Hierdurch allen Verwandten, Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß Sonntag früh 8 Uhr mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Schwiegervater, der **Instrumententräger Gustav Reinhold Martin** im 48. Lebensjahre nach kurzem aber schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist. Leipzig, den 26. Oktober 1902.  
Die tieftrauernde Gattin nebst Kindern u. Hinterbliebenen.  
Beerdigung Mittwoch mittags 1/12 Uhr vom Krankenhaus aus.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise der Liebe, Verehrung und Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, des **Schriftstellers Karl Hugo Hosang** sagen wir allen, allen unseren herzlichsten Dank. Diese Ehreung hat unseren Herzen wohlgethan.  
Stätterly, den 26. Oktober 1902.  
Die trauernden Hinterlassenen.

Am Freitag abends 1/11 Uhr verstarb nach kurzem Krankenlager unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester **Ida** im Alter von 17 Jahren 5 Monaten. Dies zehrt tiefbetrübt an **Familie Thieme.**  
Beerdig.: Dienstag nachm. 3 Uhr v. Trauerhause Paunsdorf, Hauptstr. 75, aus.

Der französische Generalstreik vor der Kammer

(Paris, 25. Oktober.)

Die zweitägige Streikdebatte drehte sich vornehmlich um drei Punkte: die Ursachen des Generalstreiks nebst den Forderungen der Bergarbeiter, die schiedsgerichtliche Beilegung des Streiks und die militärischen Maßnahmen der Regierung. Die beiden ersteren Punkte wurden von Jaurès und Basly behandelt, und ihre Neben gestalteten sich zu einer beweiskräftigen Abrechnung mit der Profitsucht der Grubenbesitzer. Ebenso ist es als ein — vorläufig freilich nur moralischer und parlamentarischer — Erfolg zu betrachten, daß die große Mehrheit der Kammer sich für eine schiedsgerichtliche Aktion der Regierung ausgesprochen hat. Dagegen ist hinsichtlich der Einmischung der Armee in die Streiks alles beim alten geblieben. So energisch, so wirkungsvoll und konsequent die ministeriellen Sozialisten die wirtschaftliche Seite der Bergarbeiterbewegung behandelten, so unsicher und widerspruchsvoll war ihr Auftreten, wo die ordnungserreiterischen Maßnahmen der Regierung in Frage kamen. Für die konsequente Wahrung der proletarischen Interessen gegenüber der üblichen kapitalistischen Streikpolitik des Ministeriums sorgte einzig und allein die revolutionär-sozialistische Kammerfraktion.

Jaurès und Basly haben ein reiches Zahlenmaterial beigebracht, das die von den Kohlenbaronen vorgenommenen Lohnreduktionen ins rechte Licht rückt. Man hat es da einfach mit einer grenzenlosen Profitsucht zu thun, wie sie nur von dieser privilegierten Ausbeuterklasse bekämpft wird. Aus Jaurès Rede ist folgendes zu entnehmen. Vom Ende des Jahres 1898 bis zur Mitte 1900 ist der durchschnittliche Kohlenpreis um 10 und selbst um 12 Franken pro Tonne gestiegen, d. h. er hat sich fast verdoppelt. Und 1901 blieb der Preis ziemlich auf der gleichen Höhe. Demgemäß sind die Dividenden der Grubenaktionäre 1898 bis 1899 von 40 auf 60 Millionen und 1899—1900 auf 105 Mill. Franken gestiegen. Das ist aber nur der verteilte Reingewinn. Daneben haben die Compagnien im bezeichneten Zeitraum nicht weniger als 180 Mill. Franken jährlich dem Reserfonds zugewiesen. Wie groß ist nun die mit so schweren Anstrengungen und teilweise durch Streiks von den Arbeitern in der Blütezeit erlangte Lohnhöhe? 1899 stieg die totale Lohnsumme um 11 Millionen, 1900 um weitere 21 Millionen, zusammen von 183 auf 215 Millionen. Aber wohlgemerkt, das Steigen der totalen Lohnsumme erklärt sich zur Hälfte durch die Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter. 1899 wuchs diese Zahl um 5000 Arbeiter, 1900 um weitere 9000 Arbeiter, und in den beiden Jahren zusammen zählte man 3213 000 Arbeitstage mehr. In Lohn umgerechnet, bedeutet das eine Wehrausgabe von mindestens 15 Millionen. Bleibt eine wirkliche Lohnsteigerung von bloß 17 Millionen gegenüber einem unternehmerischen Mehrgewinn von 245 Mill. Die Verteilung des Gesamtertrages der Gruben stellt sich in der Blütezeit wie folgt dar: 215 Mill. Franken als Lohn, 105 Millionen als Dividende und 180 Millionen unter dem Namen von „Reserve“ versteckter Profit, „den man nicht gewagt hat, auf der Oberfläche als Dividende zu zeigen, der aber den Wert der Aktien, den tiefen und dauernden Reichtum der Grubenbesitzer gesteigert hat“.

Als selbst zugegeben, daß die Compagnien richtige Angaben über das Fallen der Kohlenpreise 1902 machen, sind die Lohnreduktionen gänzlich ungerechtfertigt. Werden doch die ungeheuren Reservereserven im Hinblick auf die Stabilität der hohen Dividenden aufgespeichert! Warum soll nun diese Stabilität nicht auch der geringfügigen Lohnsteigerung zu teil werden?

In einzelnen wie Jaurès nach, daß die Lohnreduktionen in Pas-de-Calais und in der Loire auch noch jetzt eine entsprechende Zunahme des Mehrertrags der Compagnie bedeuten, des Mehrertrags im Vergleich mit der Zeit vor 1899. Um so mehr, als die abgeschlossenen langfristigen Kaufverträge von der angeblichen Abschwächung der Kohlenpreise nicht berührt werden.

Was Jaurès für die gesamte Kohlenindustrie nachgewiesen, hatte vorher Basly für die nordische Region gegen unter Anführung einer langen Reihe von Zahlen über

die Lage der einzelnen Gruben, deren Dividende und Aktienwert zu geradezu fabelhafter Höhe emporgeschwollen sind, und in einem erstaunlichen, sonst in keinem Produktionszweig anzutreffenden Mißverhältnis zum ursprünglichen Anlagekapital stehen.

Gegen das erdrückende Zahlenmaterial der Sozialisten konnten die Vertreter der Compagnien rein gar nichts vorbringen. Sie suchten die Debatte auf das Gebiet der landläufigen sozialistischen Thesen über die „Seher“ und „Wähler“ zu spielen, welche die ja an sich „sympathischen“ Arbeiter zum Streik verleitet hätten. Ferner beschuldigten sie allen Ernstes die Regierung, die „Arbeitsfreiheit“ nicht geschützt zu haben! . . .

Ministerpräsident Combes mußte demgegenüber antworten: „Sie würden also gewünscht haben, daß es zu Erschießungen gekommen wäre?“ Denn die Regierung hat doch selbst nach Montceau-les-Mines, wo die Arbeiter den Streik fernbleiben, vorsehend eine enorme Truppenmacht beordert. Wie der revolutionär-sozialistische Abg. Nouveri mitteilte, hat die dortige Grubencompagnie seit mehr als einem Monat auf den Wunsch des Präfekten Baraden errichtet zur Einquartierung von Militär. Gegenwärtig ist Montceau von 600 Gendarmen, mehreren Schwadronen Kavallerie und zahlreichen Bataillonen Infanterie besetzt. Ebenso klagte der revolutionär-sozialistische Abg. Thibrier über das enorme Truppenangebot im Département Allier. Dort haben in einigen Orten die Gendarmen sogar versucht, den Compagnien Schlepperdienste zu leisten: sie besuchten die Ausführenden zu Hause und forderten sie auf, die Arbeit wieder aufzunehmen! Vielfach wurden Truppen entsendet auf das direkte Verlangen der Grubenbesitzer, die den Behörden falsche Marnnachrichten übermittelten.

Von ministeriell-sozialistischer Seite sprach gegen die militärischen Maßnahmen der Abgeordnete von Saint-Etienne, Briand, unter ausführlicher Schilderung der Vorgänge in Terrenoire. Er berichtete die bezügliche offizielle Darstellung auf Grund seiner persönlichen Enquete in einem sehr wesentlichen Punkt. Der mörderische Gendarm hat den Schuß abgegeben, ohne daß die Arbeiter vorher selbst einen einzigen Stein geschleudert hätten. Das dem Schuß vorausgegangene Handgemenge aber wurde dadurch hervorgerufen, daß der Gendarm einen Arbeiter hatte verhaften wollen, und zwar wegen eines krummen Wortes über die Nichtverschaffung des mörderischen Wädters, der den jungen Manas schwerverwundet hatte. Und die angebliche „Menge“, die in der offiziellen Meldung noch etwa dreißig Mann stark gewesen sein soll, bestand in Wirklichkeit nur aus 10—15 Personen. Auch Briands Ausführungen über die allgemeine Rolle der Armee in den Streiks waren sehr eindringlich. Er verlangte, ohne darauf zu rechnen, die Einleitung einer neuen, „endlich republikanischen“ Politik in Streiksachen. Der von den Gewerkschaften erreichte Entwicklungsgrad habe das Risiko der Aufrechterhaltung bedeutend vermindert. Die Regierung könnte mit Vorteil die Streikpolizei der disziplinierten Kraft der Gewerkschaften überlassen. Zum Schluß drückte Briand seine Hoffnung auf eine zufriedenstellende Antwort der Regierung aus.

Die Antwort des Ministerpräsidenten war aber ebenso kurz wie verlogen. Er suchte offenkundig es weder mit dem äußersten linken noch mit dem äußersten rechten Flügel seiner Mehrheit zu verderben. Da er aber zugleich auf die hinter der Opposition stehende kapitalistische öffentliche Meinung Rücksicht nehmen mußte und wollte, während die Kreise seiner äußersten Linken ihn genau bekannt ist, so fiel seine Antwort schließlich zur Zufriedenheit der Bourgeoispartei von links und rechts aus. Der Temps erteilt ihm das Lob, die Sprache eines „Regierungsmannes“ geführt zu haben, und bedauert, daß die Minister die Vertrauensformel nicht votiert haben. In der That. Neben der Wiederholung der Reformversprechungen zu Gunsten der Bergarbeiter — ein Punkt, in welchem sämtliche Parteien zumal in der Deputiertenkammer mehr oder minder aufrichtig übereinstimmen — betonte der Ministerpräsident unter dem Beifall der Bourgeoisrepublikaner die Unentbehrlichkeit der Truppenentfendungen in die Streik-

gebiete und gab dabei die üblichen ordnungserreiterischen Phrasen zum besten, nur daß er sie in farbloser Form vorbrachte. Ebenso fanden den Beifall der Ministerien seine Vorbehalte in Bezug auf die schiedsrichterliche Aktion der Regierung, die ja nicht „auf dem Wege gebieterischer und allgemeiner Vorschriften“ vorgehen dürfe. Eine desto übler angebrachte Erklärung, als die Kohlenbarone ohnehin schon alles versuchen werden, um die schiedsrichterliche Aktion zu lähmen.

Trotzdem aber erforderte es die Stellung der ministeriellen Sozialisten im Regierungskartell, daß ihr Delegierter im Kartellvorstand, Jaurès, neben den Delegierten der drei anderen Kartellgruppen auch diesmal die von der Regierung zu genehmigende Resolution mit beauftragte, eine Resolution, die u. a. das Vertrauen in die Festigkeit und Klugheit der Regierung ausdrückt, zugleich die Arbeitsfreiheit und die freie Ausübung des Streikrechts aufrecht zu erhalten, d. h. indirekt die militärische Einschüchterungsaktion nicht nur billigt, sondern geradezu fordert. In der Abstimmung über jenen Absatz der Resolution haben sich übrigens neben der revolutionär-sozialistischen Fraktion sieben ministerielle Sozialisten, darunter Briand und Pressensé, enthalten, alle übrigen stimmten dafür. Aber auch die von ministeriell-sozialistischer Seite beantragte selbständige Resolution wagte es merkwürdigerweise nicht, die Zurückziehung der Truppen zu fordern. Sie lautet: „Indem die Kammer konstatiert, daß das schmerzliche Ereignis von Terrenoire unmöglich gewesen wäre, wenn die Agenten der öffentlichen Macht nicht seit langem sich gewöhnt hätten, im Streik eine Art Vergehen zu erblicken; ferner in der Ueberzeugung, daß die vorbeugende Verwendung der bewaffneten Macht das Risiko von Gewaltthatigkeiten steigert, anstatt es zu vermindern, und daß die Fortschritte der Arbeiterorganisation die beste Bürgschaft des gegenseitigen und friedlichen Verkehrs von Ausländern ist, — geht sie zur Tagesordnung über.“ Motivierende Vordersätze, denen der motivierte Schlußsatz fehlt! . . .

Was über die militärischen Maßnahmen und die ganze Streikdebatte von sozialistischer Seite zu sagen war, das hat der Resolutionsvorschlag der revolutionär-sozialistischen Fraktion gesagt: „Die Kammer verurteilt die bewaffnete Einmischung der Regierung in die Streiks, eine Einmischung, die unter dem Vorwand des Schutzes der Arbeitsfreiheit gänzlich gegen den Streik und die Streikenden gerichtet ist; sie ladet die Regierung ein, die gesamte militärische und polizeiliche Macht aus den Gegenden, wo die Bergarbeiter die Arbeit eingestellt haben, sofort zurückzuziehen, und beschließt, im Laufe der gegenwärtigen Session die mit dem Streik verknüpften Fragen (Wachstundentag, Lohnminimum und Alterspensionen) zur Beratung zu stellen, um sie im Sinne der Forderungen der Bergarbeiter zu lösen.“ In der Prioritätsabstimmung erzielte diese Resolution 54 gegen 487 Stimmen. Die ministeriellen Sozialisten stimmten allerdings dafür, ausgenommen Millerand, der sich neben mehreren Linksradikalen der Abstimmung enthielt.

Aus der Debatte ist noch ein grobes kapitalistisches Mandat zu kennzeichnen, das die Abstimmungen durch Schauernachrichten aus Dünkirchen zu beeinflussen versuchte. Abg. Plichon, Verwaltungsrat der Grubenbesitzer von Béthune, hielt eine richtige obstruktionistische Dauerrede, während Abg. Baron Reille, Grubenbesitzer von Courmou, die Debatte durch beharrliche geschäftsordnungsvidrige Anträge auf Vertagung der Sitzung störte. Die rohen Herrschaften erhofften von Minute auf Minute das Eintreffen einer amtlichen Bestätigung der Marnnachricht von der Verhängung des Belagerungszustandes in Dünkirchen. Es kam aber eine amtliche Widerlegungsdepesche.

Uebrigens sind die Ausschreitungen in Dünkirchen den Profitseelen und dem ganzen Ordnungsgesinde gar zu gelegen, verdächtig gelegen gekommen. Die dortige Hafenarbeitergewerkschaft protestiert seihen in einem scharfen Aufzug gegen die Akte des Bandalismus, die von angeblichen Hafenarbeitern und angeblichen Gewerkschaftsmitgliedern begangen wurden. Es ist gewiß, daß die Gewerkschaftler zu zielbewußt sind, um die schändliche Handlungsweise der Anstifter der Unruhen zu billigen . . .

Kleines Feuilleton.

Die Älteste Stadt der Erde. Durch die Altertumsforschungen des letzten Jahrhunderts und namentlich der letzten Jahrzehnte hat sich die Kunde von den Anfängen der Geschichte um ein bedeutendes Stück rückwärts verlegt. Wie sehr die Ausgrabungen in Aegypten dazu beigetragen haben, die geschichtlichen Ereignisse bis in eine 4 bis 5 Jahrtausende zurückliegende Zeit aufzuklären und auch Licht über die Lebensgewohnheiten und Gebräuche der damaligen Bewohner des Nillandes zu verbreiten, ist bekannt. Ähnliches haben die Ausgrabungen namentlich im Gebiet von Mesopotamien geleistet. Ganz außerordentliche Aufgaben haben der Altertumsforschung vielleicht noch im ägyptischen Reich bevor, aber es ist durchaus unsicher, wann es der europäischen Wissenschaft möglich sein wird, an die Lösung dieser Aufgaben heranzugehen. Vor der Hand scheint der bedeutsamste Bezirk für die Aufhellung der ältesten geschichtlichen Epochen Mesopotamiens zu sein, das alte Reich von Babylon, Assyrien und Medien. Hier stehen der Wissenschaft wahrscheinlich noch Ueberraschungen bevor, wie sie von Aegypten kaum noch zu erwarten sind. Es ist ein Verdienst und ein Erfolg der französischen Regierung gewesen, daß sie im Jahre 1894 mit dem damaligen Schah von Persien ein Abkommen getroffen hat, demzufolge der französischen Altertumsforschung eine freie Betätigung in ganz Persien gestattet wurde. Im Jahre 1900 wurde dann auch der zunächst gemachte Vorbehalt aufgehoben, wonach die Hälfte der ausgegrabenen Gegenstände dem persischen Schah überlassen werden sollte, und Frankreich erhielt damals ein Ausgrabungsmonopol für Persien. Man darf mit der Anerkennung nicht zurückhalten, daß Frankreich diese günstige Lage bisher nach Kräften ausgenutzt hat. Die Regierung entsandte im Jahre 1900 den hervorragenden Altertumsforscher ihres Landes nach Persien, Jacques de Morgan, der sich durch seine Ausgrabungen in Armenien, im Kaukasusgebiet, in Aegypten und auch schon im Bereich der alten Stadt Susa einen Weltruf verschafft hatte. Dieser Mann stand vor einer schweren Wahl, in welcher er sich für Susa, weil er schon bei einem früheren Besuch festgestellt hatte, daß sich der Ursprung dieser alten Hauptstadt des Reiches Elam in eine sehr frühe Zeit hinein verliert. Die Wahl hat sich als sehr glücklich erwiesen; denn schon nach der kurzen Zeit von zwei Jahren haben die Ausgrabungen dort Ergebnisse

geleistet, die zu den wichtigsten archäologischen Entdeckungen der Neuzeit gerechnet werden müssen. Sie erlauben, jetzt von Susa als der vorläufig ältesten bekannten Stadt der Erde zu sprechen. Die Festung und der Palast von Susa wurden durch die Könige von Elam am östlichen Ufer des Halbinseligen Euphrat erbaut auf einem kleinen Hügel, der am Zusammenfluß der beiden Arme des Euphrates gelegen ist, in etwa 10 Meilen Entfernung vom Gebirge von Durian, wo heute die Ruinen von Susinak liegen, das im 7. Jahrhundert v. Chr. durch den Assyrienkönig Assurbanipal zerstört wurde. Die Ausgrabungen an diesem Platz haben die Geschichte des elamitischen Reichs bis auf ihre Anfänge zurückgeführt, und was das sagen will, wird im einzelnen aus den Ergebnissen hervorgehen.

Für die Ausgrabungen im Hügel oder, wie es nach dortigen Sprachgebrauch heißt, im „Kell“ von Susa entwarf de Morgan einen umfassenden Feldzugsplan. Allmählich wurde die ganze Masse mit einem Schichten von Galerien durchzogen, deren Tiefe zwischen 9 und 25 Meter unter der Höhe der Akropolis (der Burg) der Stadt gelegen war. Auf dieser wurde gleichzeitig in Gräben unter offenem Himmel gearbeitet. Ferner wurden ähnliche Maßnahmen an verschiedenen anderen Punkten der alten elamitischen Hauptstadt ausgeführt. Sehr bald offenbarte sich eine bedeutende Schwierigkeit. Die Schichten erwiesen sich nur in seltenen Fällen als gleichförmig und in ursprünglicher Lagerung befindlich. Es stellte sich mit immer größerer Gewißheit heraus, daß in der alten Stadt durch wiederholte Verstärkungen und Umlagerungen das Unterste zu oberst geteilt war, so daß sich Gegenstände von ungewöhnlich hohem Alter in der Nähe der Oberfläche fanden. Verschiedene Teile der alten Gebäude waren auch wiederum für sehr viel spätere Neubauten mit benutzt worden. Die Folge dieses Zustandes ist, daß die Geschichte des Reiches Elam und seiner Hauptstadt sich aus den Ausgrabungen nicht mit der Gewißheit ergeben wird, wie sie zu erwarten gewesen wäre, wenn diese nicht von so großen politischen Umlagerungen heimgeschickt worden wäre. Jedenfalls ist der Ursprung von Susa viel älter, als man bisher geglaubt hat, denn schon vor Beginn des 4. Jahrtausends vor unserer Zeitrechnung war der Platz der Sitz einer hochentwickeltesten Zivilisation, die im ganzen der von Chaldäa gleich war und sich von dieser vielleicht auch in einer politischen Abhängigkeit befand. Diese Mitteilung würde noch nicht allzu sehr überraschen und die Derleichtigkeit von Susa mit Bezug auf die Geschichte ihrer Be-

wohner nicht zu etwas Außerordentlichem machen, denn die Spanne von 8 Jahrtausenden, um die jene Zivilisation von der Gegenwart entfernt wäre, ist nichts Unerhörtes für die Altertumskunde. Aber jene elamitisch-chaldäische Kultur bildet auch durchaus nicht die Anfänge der Stadt Susa, denn hier geht eine andere Epoche der Besiedelung voraus, die eine geringere Entwicklung des menschlichen Könnens aufweist und übrigens von sehr langer Dauer gewesen sein muß, da ihre Ablagerungen eine Schicht von über 15 Meter Mächtigkeit einnehmen. Leider sind darin keine menschlichen Knochen gefunden worden, so daß man für die Rassenstellung dieser ältesten Bevölkerung von Susa vorläufig keinen Anhalt hat. Diese Periode muß schon zur Steinzeit gerechnet werden, also eigentlich zur Vorgeschichte, die aber an diesem Platz — und das ist eben das Wichtigste — in die eigentliche Geschichte überzugehen scheint. Die Geräte jener ältesten Bewohner von Susa sind erhalten in einer großen Zahl von Steinwerkzeugen als Messern, Sägen etc. In ihrer Ausführung unterscheiden sie sich nicht von den steinzeitlichen Geräten der europäischen Urbevölkerung, aber das Material ist in einer Hinsicht sehr merkwürdig. Es besteht nämlich nicht nur aus Feuerstein und ähnlichen Kieselsteinen, sondern auch aus Obsidian, jener bekannten glänzend schwarzen Art des vulkanischen Glases. Nun ist aber die Umgebung von Susa gar nicht vulkanisch, vielmehr befinden sich die nächsten Gebiete, in denen Obsidian vorkommt, in Armenien im Bezirk des Ararat, andererseits weit im Osten in Beludschistan. Wenn trotzdem schon die steinzeitlichen Ansiedler in Susa vulkanisches Glas für ihre Messer, Sägen und Pfeilspitzen benutzen konnten, so läßt diese Tatsache den erstaunlichen Schluß zu, ja sie zwingt eigentlich zu einem solchen, daß schon in jener vorgeschichtlichen Zeit ein Handelsverkehr bestanden haben müßte, der sich über nicht unbedeutliche Strecken des Orients ausdehnte.

Diese steinzeitlichen Geräte sind vermischt mit Kupfergeräten späterer Entstehung, jedoch wird eine weitere Gliederung auch der steinzeitlichen Epoche in mehrere Abschnitte wahrscheinlich noch möglich sein. Die Kupfergeräten aber geben erst recht interessante Aufschlüsse über die einzelnen Phasen der Zivilisation sowohl durch die Art ihrer Herstellung als durch die Verschiedenheit der bei ihnen angewandten Verzierungen. Da sind zunächst Gefäße, ganz groß mit der Hand gemacht, die gewöhnliche Behälter, die den Stempel einer hastigen oder ungeschickten Fabrikation tragen;

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Stimmen zur Fleischnot. Die Dresdener Neuesten Nachrichten haben eine Umfrage über die Frage veranstaltet: Herrscht tatsächlich eine Fleischnot? Von den eingegangenen Antworten werden nun eine Reihe veröffentlicht. Der Geh. Regierungsrat Prof. Viktor Böhmert antwortete u. a. wie folgt:

Die Tatsache, daß in Deutschland jetzt an zahlreichen Orten herrschende Fleischnot wird durch die Preissteigerungen der Hauptmärkte und durch die Haushaltungsbücher sorgfältig rechnender Hausfrauen zur Genüge bezeugt. Nur die Steigerung der Fleischpreise und die dadurch veranlaßte Not und Entbehrung ablenken, vermag öffentliche Zustände überhaupt nicht zu erkennen.

Die Ursachen der Fleischnot sind mannigfaltig. Die Hauptursache ist darin zu suchen, daß Deutschlands Bevölkerung von 1871 bis 1900 von 41 058 702 auf 56 367 178 Personen gewachsen ist, während der Grund und Boden nicht zugenommen hat, sondern in erheblichem Maße für Wohnungen, Werkstätten, Verkehrswege, Gärten, Parks, Spielplätze etc. in Anspruch genommen wurde. Die deutsche Bevölkerung ist geradezu gezwungen, um nicht zu verhungern, Getreide, Fleisch und Fleisch vom Auslande einzuführen und muß, je nachdem Ergebnisse der Ernten im Inlande und Auslande, dafür um so höhere Preise zahlen, je höher die Einfuhrzölle hinaufgeschraubt werden. Wenn nun aber zu hohen Zöllen auch noch die Grenzsperrung für Schlachtvieh hinzukommt, so müssen die Vieh- und Fleischpreise natürlich noch höher steigen und die Fleischnot zunehmen. Unter dieser Not leidet besonders der deutsche Mittelstand und Arbeiterstand, da die reicheren Klassen ihren Fleischbedarf auch bei höheren Preisen nur wenig einschränken pflegen. Die ärmsten Klassen müssen jetzt auf den Fleischgenuss überhaupt schon nahezu verzichten und sich meist mit Kartoffeln füttern, welche zur Erhaltung und Stärkung der Volkskraft nicht ausreichen.

Zur Abhilfe der Fleischnot bedarf es vor allem einer Aufhebung der Grenzsperrung und einer Ermäßigung der Zölle auf Vieh, Fleisch und Speck. Wenn die Reichsregierung dem Verlangen der Agrarier nachgeben würde, so wäre dies nicht nur vom rein menschlichen und sozial-ökonomischen Standpunkt aus, sondern auch im Interesse der Staatsverwaltung tief zu beklagen, denn jede mit Grenzsperrung und Zollerhöhungen verbundene Verschlechterung der Lebenshaltung wird weite Volkskreise verbittern und das Vertrauen zu den Regierungen erschüttern.

Zum Schluß tritt Herr Prof. Böhmert dafür ein, daß das Volk über die Zollvorlage befragt werde.

Herr Hofschlächtermeister Niedenführ in Dresden antwortete:

Nachdem die Landwirte (in der Hauptsache der Bund der Landwirte) mit Behauptung behaupten, es gäbe keinen Schlachtviehmangel, es sei genügend gutes Vieh auf den Märkten, so muß ich als Fachmann diesen Behauptungen auf das entschiedenste widersprechen. Schon an den beiden Waidweh-Ausstellungen 1901 und 1902 in Berlin konnte man den Rückgang der Schlachtreisen-Ausstellungen wahr beobachten. Viele Tiere, welche ausgestellt waren und von den Landwirten als Schlachtreis bezeichnet wurden, konnten von den Fleischern gar nicht als Zeugnis "Schlachtreis" erhalten.

Der Auftrieb auf allen deutschen Märkten, speziell in Dresden, ist ziemlich auf der Hälfte der früheren Jahre angelangt.

Dazu kommt nun noch das Mißverhältnis, daß vieles Vieh auf den Markt kommt, was nicht schlachtreis ist, dem Bauer aber früher abgenommen werden muß, weil es gebraucht wird. Trotz allen Rückganges des Fleischkonsums ist an allen deutschen Viehmärkten großer Mangel an schlachtreisen Schweinen und Rindern. Es sind nun aus allen Gegenden des deutschen Reichs Proteste gegen die Grenzsperrung an den Landwirtschaftsminister gerichtet worden, man hat sie aber einfach abgelehnt und dies damit begründet, daß durch die Öffnung der Grenzen der deutsche Viehstand verheert werde. Dieses Bedenken wegen Einschleppung der Seuchen ist hinfällig.

Wenn von Seiten der Reichsregierung keine Hilfe geschaffen wird durch Öffnung der Grenzen, so dürften die Preise bald noch höher steigen, so daß Fleischnahrung nur noch den obersten Klassen möglich sein wird.

Wenn Geheime Regierungsräte und Hofschlächtermeister zu solchen Urteilen sich veranlaßt sehen, dann muß die Not schon einen außerordentlich hohen Grad erreicht haben. Die Arbeiter und Angehörigen des Mittelstandes, die kleinen Beamten u. s. w. mögen aber aus diesen Vorgängen ersehen, wie freventlich die Amtsblattpresse an ihnen und am gesamten Volke handelt. mit der verlogenen Behauptung, daß eine Fleischnot nicht existiere, sondern nur die Erfindung von Agitatoren sei. Ebenso muß auch bedacht werden, daß die Konserativen, Nationalliberalen und Antijemiten für die weitere Aufrechterhaltung der Grenzsperrung und für Wucherzölle eintreten. Wer angeführt solcher geradezu himmelschreiender Zustände als Arbeiter, Beamter und Handwerker fernerehin die bürgerliche Presse mit seinen Grofchen, und die Lebensmittelwucherparteien

mit seiner Stimme unterstützt, begeht ein Verbrechen an sich, seiner Familie und dem gesamten deutschen Volke.

Personalveränderungen bei der sächsischen Staatsbahn. Aus dem Verwaltungsbereich der königlich sächsischen Staatsbahnen wurde dieser Tage unter dem Titel "Personalveränderungen" u. a. folgendes gemeldet: Entlassen auf Ansuchen wurde der Jahrgeldklassierer Rummeler in Greiz. Das ist ausgezeichnet! An demselben Tage nämlich, wo dieser Rummeler vom Schwurgericht in Gera wegen bedauerlicher fortgesetzter Unterschlagungen von Eisenbahnschulden zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, giebt die sächsische Staatsbahnverwaltung bekannt, daß dieser Ehrenmann "auf sein Ansuchen" aus dem Dienst entlassen worden sei. In anderen Verhältnissen pflegt man entlassene Betrüger nicht erst "auf Ansuchen" zu entlassen, aber es ist erfreulich und tröstlich, daß die sächsische Verwaltung wenigstens in dieser Beziehung liberal verfährt.

Finanzminister Dr. Müller hat bei einem Fall im Zimmer einen Arm gebrochen. Herr Dr. Müller beging gestern seinen 65. Geburtstag.

Kraftwagen auf den sächsischen Staatsbahnen. Nach einer durch die Blätter gegangenen Nachricht soll die sächsische Staatsbahnverwaltung beabsichtigen, Motorwagen verkehrsweise in Betrieb zu setzen und zwar zunächst auf den Linien Klotzsche-Königsbrunn und Dresden-Tharandt. Hierzu wird mitgeteilt, daß zwar die sächsische Staatsbahnverwaltung einen Versuch mit Motorwagen plant, daß aber nähere Bestimmungen darüber, wo diese Versuche vorgenommen werden sollen, noch keineswegs getroffen sind. Daß hierbei die Linie Dresden-Tharandt in Frage kommen könnte, erscheint ganz ausgeschlossen, denn ein Blick in den Fahrplan lehrt, wie auf dieser Linie gerade die Züge so rasch sich folgen, daß dazwischen nicht noch Motorwagen laufen können. Unrichtig ist es auch, daß es sich nur um elektrische Motorwagen handelt, es sollen auch Wagen anderer Kraftsysteme versucht werden.

Dresden, 26. Oktober. Im vorigen Jahre hatte das Gewerkschaftskomitee die Aufnahme einer Arbeitslosen-Zählung gefordert, die aber abgelehnt wurde. In diesem Jahre veranstaltet nun der Rat selbst eine solche Zählung. Die Art aber, wie die Zählung vorgenommen wird, dürfte wenig befriedigen. Es wird nämlich an diejenigen Personen, die auf Grund der Staatssteuerhaushälften als arbeitslos ermittelt wurden, ein Fragebogen versandt. Nun kann aber der 12. Oktober, als welcher Tag für die Eintragungen in die Hauslisten er in Frage kam, nicht als ein geeigneter Termin für die Ermittlung der Arbeitslosigkeit angenommen werden. Denn aber werden auch aus den Hauslisten keineswegs alle Arbeitslosen zu ermitteln sein. Ein zutreffendes Bild über die wirkliche Arbeitslosigkeit wird also die "Zählung" nicht ergeben.

Ein großer Spielprozess wird sich demnächst vor dem hiesigen Landgerichte abspielen. Während des verfloffenen Sommers haben verschiedene Beamte der Kriminalpolizei fast alle größeren Renn- und Sportplätze des In- und Auslandes besucht, um dort gewisse, des gewerbsmäßigen Glücks- und Falschspiels dringend verdächtige Personen an Ort und Stelle zu beobachten. Das Material, das auf den Rennplätzen Berlin-Carlshorst, Hamburg, Hannover, Leipzig, Baden-Baden, West und Wien gesammelt worden, ist ein sehr umfangreiches. Der Prozess wird vielleicht eine ganze Woche in Anspruch nehmen.

Groißsch, 26. Okt. Aus unserer Schuljugend wurden in einem Zeitraum von noch nicht einem Vierteljahr drei Knaben wegen fortgesetzter Geldbetrübungen und Gehelei zu Gefängnisstrafen von 45 Tagen abwärts unter Strafschub verurteilt, ein zwölfjähriger Junge wegen Straßendiebstahl mit drei Monaten Sachsenburg belegt, eine Bande von ca. zehn Schulknaben wegen Felddiebstahls und anderen Unfuges angezeigt und fünf weitere des Kartoffeldiebstahls überführt. Ein trauriges Zeichen der Zeit! Bemerkenswert dazu die bürgerliche Presse. Ja, gewiß! Aber man sollte nur einmal die sozialen Verhältnisse all dieser Kinder, die so frühzeitig mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen sind, prüfen und man würde gar bald die Erklärung für diese Verbrechen der Zeit finden.

Vauhen, 26. Oktober. Der konservative Landtagsabgeordnete Gutsbesitzer Joh. Schmöle in Spittwitz

kann sich bei der Niederlage, die er in seinem Verleumdungsprozess wider den Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Joh. Karl Mitterlein in Coblenz, Schmöles konservativen Gegenkandidaten bei der letzten Landtagswahl erlitten hat, nicht beruhigen. Er hat daher gegen das Urteil des hiesigen Landgerichts vom 9. d. M. Revision eingelegt. Schmöle hatte seinen Gegenkandidaten Mitterlein bekanntlich verflucht, weil dieser in den Vaugener Nachrichten geschrieben hatte: Herrn Schmöle können wir aus seiner Nähe auf keinen Fall wählen, er hat zu viel gegen die Geseze und guten Sitten gehandelt. Mitterlein wurde in erster und zweiter Instanz freigesprochen, weil ihm ein umfassender Wahrheitsbeweis gelang, derart, daß der Präsident des hiesigen Landgerichts bei der Urteilsverkündung am 9. Oktober ausführte: "Schmöle habe keine ehrenwerte Meinung geäußert, er erscheine nicht würdig, das Amt eines Landtagsabgeordneten zu bekleiden."

Freiberg, 26. Oktober. Am Donnerstag wurde die Ableitungsanlage der hohen Esse in Galsriede auf ihre Leitungsfähigkeit und Beschaffenheit untersucht. Die Ausführung dieser schwierigen Arbeit war dem 19jährigen Monteur Göpfert aus Freiberg übertragen. Er bestieg die Esse, die höchst 6 Euro pas, bis zu einer Höhe von 115 Meter in raschem Tempo, von dort ab bis zur obersten Kante war aber größere Vorsicht nötig, da die Steigeisen und das Mauerwerk durch die Atmosphäre und Gase mit der Zeit stark gelitten haben. Der 10 Millimeter starke Kupferdraht war oben nur noch etwa 6 Millimeter dick. Der Auf- und Abstieg dauerte etwa dreiviertel Stunde.

Chemnitz, 24. Oktober. Auf dem großen Waldgrundstück im Crimmitschauer Wald beabsichtigt die hiesige Stadtverwaltung ein neues städtisches Krankenhaus, bestehend aus einem Haupt- und Verwaltungsgebäude und aus einer Anzahl Einzelkavalls, zu errichten. Eine Reihe von Vorarbeiten hierzu, wie Schlagen des Holzes, Planieren des Terrains etc., wurden bereits im vorigen Jahre ausgeführt. Die Ausführung dieses Projektes war auf 5 bis 6 Millionen Mark veranschlagt worden. Dieses Projekt wurde aber als zu kostspielig von den Stadtverordneten zu einfacherer Ausführung zurückgewiesen, worauf die Gesamtanlage erneut umgearbeitet wurde. Mittlerweile traten aber an die Stadt neue gewaltige Anforderungen heran, deren Erfüllung nicht aufgeschoben werden kann. Zum kostspieligen Bau der Thalsperre in Neunzehnhain (7 1/2 Millionen Mark) traten die Anforderungen, welche die Stadt für die umfangreichen Bahnbauten innerhalb des städtischen Weichbildes in Höhe von etwa 3 Millionen Mark bringen muß. Das neue Krankenhaus stand ursprünglich als zweites Projekt zur Ausführung, ist aber durch den unbedingt nötigen Bahnbau an dritte Stelle verschoben worden. Da man aber das Krankenhaus möglichst gern in der bereits vorgelegten Weise zur Ausführung bringen, andererseits aber auch die Finanzkraft der Stadt nicht allzu sehr anspannen möchte, so wird jetzt in Vorschlag gebracht, die Erbauung des neuen Krankenhauses vorläufig zu verschieben und einstweilen zur Gewinnung von mehr Raum für Krankenstätten noch einige provisorische Bauten auf dem Gelände des alten Stadtkrankenhauses an der Fischpauer Straße zu errichten.

ee. Deisnig i. B., 25. Oktober. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Stadtverordnetenkollegiums stellte nach Erledigung der Tagesordnung Genosse Eniglein den Antrag, den Stadtrat zu beauftragen, bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, damit die Grenzen für die Schlachtvieheinfuhr geöffnet werden. Eniglein begründete den Antrag unter Hinweis auf die gedrückte Lage in der hiesigen Textilindustrie, auf die Preisunterschiede in den benachbarten Grenzorten etc. Nach eingehender Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neue Nachrichten aus dem Lande. Bei einem Gewitter, das am Mittwoch in der Gegend von Zwidaun nteberg, schlug in Raum bei Hartenstein ein Blitzstrahl in das dem Gartenbesitzer Neubert gehörige Wohnhaus. Es wurde samt der anstehenden Scheune vollständig eingeschert. — Bei dem Polizeiamte Chemnitz ist der erste Polizeihund in Dienst gestellt und zunächst den städtischen Wabungen begehenden Forstschutzeuten zugewiesen worden; ein weiterer solcher Hund wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen eingeführt werden. — Von der Zwidauner Polizei wurde der bei dem Baumelster Louis Gläser in Wilkau in Stellung gewesene Buchhalter Jäckel wegen bedeutender Diebstahlungen verhaftet. — Vor zwei Jahren starben dem Grubenarbeiter und Hausbesitzer Emil Müller in Blumroda bei Borna in kurzer Zeit seine Frau, zwei erwachsene Söhne und eine 14jährige Tochter am Typhus.

sie haben sich in den tiefen Schichten neben den Steinwerkzeugen gefunden. Dann giebt es weitere Bruchstücke von Topfwaren eines anderen Stils von feinerer, weniger dicker Masse, auch einige ganz erhaltene Vasen mit wechselländischen Ornamenten. Diese uralten Erzeugnisse menschlicher Industrie tragen am häufigsten geometrische Zeichnungen in schwarzer oder roter Bemalung, die an die Verzierung der alten Ägypten, Syrien, Cypren, Kleinasien und vielleicht auch der sogenannten Mykenischen Epoche griechischer Kultur erinnern. Außerdem aber haben die Kleinere von Susa ihre Gefäße auch mit lebhafteren Formen verziert, mit Wildern von Gebrauchsgegenständen oder von Tieren, s. B. von Straußen. Andere, schon weit mehr künstlerische Stüde tragen Tierbilder von auffallend getroffener Gestalt, die eine tüchtige Beobachtungsgabe des Verfertigers verraten. Unter den Vögeln herrschen vor der Truthahn, die Ente und Laufvögel, unter den Säugtieren die Antilopen und der Steinbock; ferner giebt es auch verschiedene Arten von Fischen zu sehen. Einige Stüde zeigen das Bild eines Boots mit Masten und Segeln, Abbildungen von Waffen und ähnliches. Dann haben sich auch ganz andere Kunstwerke gefunden: Platten aus Knochen oder Elfenbein mit eingeritzten Tierbildern von ganz erstaunlicher Lebenswahrheit, z. B. mit dem Bild einer Hasenart mit geflecktem Fell, eines Tigers oder Panther, ferner mit dem eines Pferdes in vollem Galopp mit wechsender Mähne. Im ganzen genommen verraten diese Funde den Bestand einer verhältnismäßig hochentwickelten Industrie in einer Zeit, die vor dem Beginn der eigentlichen Geschichte liegt. In eine andere Epoche führen uns die späteren Steinarbeiten: die Obelisk, Vasen, Krüge von Reulen und Stöden, vor allem beschriebene Steinplatten, deren Inschriften eine vielfältige Aufklärung über die Gewerbe und das Kulturreich einer Bevölkerung liefern, deren Existenz wenigstens um 4—4 Jahrtausende zurückliegt. Von späteren Kunstwerken sei nur einer aus einem Bild gegoffenen großen Votivsäule aus Bronze gedacht, die aus dem 12. Jahrhundert v. Chr. stammt und mit Keilschrift beschriftet ist. In dieser Zeit muß schon ein erheblicher Handelsverkehr bestanden haben, denn für die Verfertigung der Bronze brauchte man Zinn, und dieses Metall findet sich, so viel wir jetzt wissen, in weiter Umgebung von Susa an keiner Stelle; auch zur Beschaffung des Kupfers hätte man wenigstens bis nach dem Kaukasus gehen müssen. Aus anderen Arbeiten geht die hochentwickelte Thatsache hervor, daß das Reich Elam damals mit

bichten Wäldern bedeckt war, in denen große Jagden auf Hirsche, Antilopen und anderes Wild veranstaltet wurden. Die Baukunst stand um das Jahr 2000 schon in hoher Blüte; man fabrizierte rohe Thonziegel und suchte sie zur Erhöhung ihrer Widerstandsfähigkeit zu brennen, auch zu färben und mit Reliefbildern zu versehen. Aus derselben Zeit stammt auch die Säule des Schamurabi, der um 2000 König von Babylon war. Sie stellt mit einem aus Hieroglyphen und Keilschrift sonderbar gemischten Text den ältesten Gesetzestext dar, von dem man bisher Kenntnis erhalten hat. Die Hieroglyphen wurden vielleicht schon von der Bevölkerung der Steingeist als Schrift verwendet, jedoch ist diese Annahme noch unsicher; bisher hat man dieser vorgeschichtlichen Zeit den Gebrauch irgend einer Schrift überhaupt nicht zugetraut. Mit Bezug auf die Massenangehörigkeit der Bewohner von Susa und des Reichs Elam läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß zwei Elemente dort zusammengemischt sind. Das eine stellt die Urvölkerung dar und kann unter dem Namen Aryaniten zusammengefaßt werden, das zweite ist semitischer Herkunft und kam von Chaldea oder aus Mesopotamien. Was die Aryaniten eigentlich für ein Volk gewesen sind, läßt sich vorläufig oder vielleicht überhaupt nicht mehr feststellen. Auch die Meder und Perser nannten sich so, aber sie erscheinen erst spät in der Geschichte, nachdem das alte Reich Elam längst von Grund aus zerstört war. Nebenfalls war Susa schon im Jahr 4000 v. Chr. eine alte Stadt und wurde damals nebst den von ihr abhängigen Ländern durch Priesterkönige regiert, bei denen die Herrschaft erblich war. Später wurden sie zeitweise Vasallen verschiedener halbdärischer Könige. Die Galesis, wie sie genannt werden, scheinen wenig kriegerisch gesinnt gewesen zu sein, sondern sie waren eben mehr Priester und, was für die Entwicklung von Susa besonders bedeutsam ist, Baumeister, die namentlich eine große Zahl von Tempeln für die vielen Gottheiten des damaligen Glaubens schufen. Von dem größten Gott jener uralten Religion, In Susa, erhielt Susa den Namen.

Internationale Tuberkulosekonferenz. Am Freitag beabsichtigten die Teilnehmer an der Konferenz die Heilstätten in Weizig und Weizig. Am Sonnabend versammelten sie sich von neuem zur Sitzung im Abgeordnetenhaus. Zunächst sprach Dr. Lindorff über die Tuberkulose im Kindesalter. Thatsächlich führte er aus, tragen 80 Prozent der Kranken die Tuberkulose Krankheit an mit sich herum; deshalb

müssen vor allen Dingen die Kinder gegen die bazilläre Ansteckung geschützt werden. Ebenso wichtig ist das Ziel, die Entwicklung einer eventuellen Disposition zu hindern. Hieraus ergeben sich für die Schulhygiene in Zukunft eine Reihe der wichtigsten Aufgaben. Nach einer Reihe weiterer Vorträge lenkte Dr. Weder Berlin die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Erholungsstätten, die eine dankenswerte Ergänzung der Lungenheilanstalten bilden; sie sind wegen der geringen Kosten, die ihre Erziehung verursacht, etwa 10 000 Mk., neben den teuren Heilstätten, die gerade deshalb in ihrer Aufnahmefähigkeit auf geringe Zahlen beschränkt sind, ein sehr wesentlicher Faktor. v. Leube, Warty sprach über Tuberkulose-Spitäler und -Stationen. Sehr warm trat er dafür ein, daß gerade auch bei den Erkrankten zweiten und dritten Grades, die als aussichtslos in die Heilstätten keine Aufnahme finden, eine heilstättenähnliche Behandlung möglich sei. Schon das bloße Verweilen in einem Sanatorium, sei es auch als integrierender Bestandteil einem Krankenhaus angegliedert, behandelt zu werden, wirkt wohlthätig auf den Kranken ein, wodurch allein schon mancher Erfolg sich erzielen lasse. Als General Schaper, Oberarzt der Charité, vor zehn Jahren diese Krankenhaus-Sanatorien, resp. Isolierhallen und Wabillons für die Lungenkranken vorschlug, fand er starken Widerspruch; diesmal konnte er über schöne Erfolge auf diesem Gebiete berichten.

In der Nachmittagsitzung sprach der Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Köhler über den Stand der Frage der Übertragbarkeit der Rindertuberkulose auf den Menschen. Nach seiner Ansicht ist die Zeit noch nicht gekommen, abschließend zu der Frage, die seit Kochs bekanntem Vortrag im Vordergrund des Interesses steht, Stellung zu nehmen. Der Redner kommt zu dem Ergebnis, weder die Gleichheit noch die Verschiedenheit der Rinder- und der Menschentuberkulose, noch endlich die Übertragbarkeit der Rindertuberkulose auf den Menschen sei bisher abschließend bewiesen oder widerlegt worden. Als Schutzmittel werde es neben den behördlichen Maßregeln empfohlen, weiter nur abgekochte Milch zu trinken, weil die Milch sich auch für die Erreger anderer Krankheiten als günstiger Nährboden erweisen habe.

In der Diskussion nahm Robert Koch das Wort. Er suchte an der Hand all des vorliegenden Materials nachzuweisen, daß die Infektionen mittels perflüchtigen Fleisches und perflüchtiger







Reichstag.

208. Sitzung, Sonnabend den 25. Oktober 1902.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowski, v. Bobbelski.

Die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes

wird fortgesetzt. Zur Beratung steht zunächst der von der Kommission in das Tarifgesetz eingetragene Mindestzoll für Rindvieh in Verbindung mit der betr. Position (102) des Zolltarifs.

Nach dem Kommissionsbeschluss soll der Minimalzoll für Rindvieh 14.40 Mk. pro Doppelcentner betragen. (Die Regierungsvorlage enthielt keinen Minimalzoll für Rindvieh.)

Die Abg. Freiherr v. Wangenheim (kons.), Roesicke-Kaiferslautern (B. d. L.) und Dr. Hahn (B. d. L.) beantragen für Rindvieh einen Minimalzoll von 18 Mk. pro Doppelcentner. Nach dem Generaltarif der Regierungsvorlage waren für Rindvieh folgende Zollsätze vorgeschrieben: Wullen (Sitzre) und Käse 25 Mk. pro Stück (bisher 9 Mk.).

Anmerkung: Nach näherer Bestimmung des Bundesrats dürfen Wullen von Hühnerei, welche zu Zuchtzwecken vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung eingeführt werden, zum Zollsaße von 9 Mk. pro Stück abgelassen werden. Bisher bestand diese Vergünstigung nicht.

Jungvieh 13 Mk. pro Stück (bisher: Jungvieh im Alter bis zu 2 1/2 Jahren 6 Mk., für Vertragsstaaten 5 Mk.), Kälber 4 Mk. pro Stück (bisher: Kälber unter 6 Wochen 3 Mk.), Ochsen 12 Mk. pro Doppelcentner (bisher 30 Mk., für Vertragsstaaten 25.50 Mk.).

In einer Anmerkung für die ganze Position heißt es: Für Bewohner des Grenzbezirks dürfen während der ersten sechs Jahre der Geltung dieses Tarifs nach näherer Bestimmung des Bundesrats Jungochsen im Alter von 2 1/2 bis 5 Jahren zum Zollsaße von 20 Mk. pro Stück eingelassen werden, sofern sie zum eigenen Wirtschaftsbetriebe nachweislich notwendig sind.

Der Zollsaße wird vertragmäßig gebundenen Vergünstigung betrug bisher 20 Mk. pro Stück.

Die Kommission hat im Generaltarif für Vieh unterjährig einen Zollsaße von 18 Mk. pro Doppelcentner Lebendgewicht beschlossen.

Die Anmerkungen hat die Kommission unverändert gelassen, nur die zeitliche Begrenzung der Vergünstigung für die Grenzbezirke gestrichen.

Gegenüber diesen Positionen des Generaltarifs bedeuten die von der Kommission beschlossenen Minimalzölle eine Ermäßigung von 20 Prozent.

Referent über die Kommissionsverhandlungen ist der vorgeordnete Herrold (Centr.). Er erwähnt unter anderem, daß die Kommission in der zweiten Lesung auch die „sogenannte Fleischnot“ besprochen habe.

Abg. Debel (Soz.): Die Kommission hat über diese wichtige Tarifposition entgegen dem Verlangen ihrer Minorität keinen schriftlichen Bericht erstattet, sondern ihr Berichterstatter hat die mehrtägigen Kommissionsverhandlungen in einem knapp halbstündigen mündlichen Bericht abgethan. (Zuruf rechts.) Sie (nach rechts) wünschen wahrscheinlich, daß überhaupt über diese Position gar nicht verhandelt, sondern gleich zur Abstimmung geschritten werde. (Unruhe rechts.) Wir aber haben ein Interesse daran, daß diese wichtige Gegenstände im Plenum möglichst gründlich und ausführlich besprochen werden und das Volk erzählt, was es von einer Annahme der Kommissionsbeschlüsse zu erwarten hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung hat die von der Kommission bei dieser Position eingefügten Mindestzölle ebenso wie die erhöhten Kommissions-Mindestzölle bei Getreide als „in jedem Stadium der Verhandlungen unannehmbar“ bezeichnet. Diesen Standpunkt hat der Reichstanzler in seiner Rede vom 21. Oktober aufs schärfste zum Ausdruck gebracht. Die unannehmbarste Antwort des Reichstags darauf war die Annahme dieser Kommissionsbeschlüsse, also eine klare und nette Wajage an die verbündeten Regierungen. Wenn wir nun in einem konstitutionellen Staate lebten, so hätte der Reichstanzler sofort zum Kaiser gehen, die Aufhebung des Reichstags beantragen und, wenn man von jener Seite darauf nicht eingehen wollte, dem Kaiser sein Mandat vor die Füße legen müssen. (Sehr richtig! links.) Von dieser einzig korrekten Maßnahme hat der Reichstanzler und die Regierung aus unbekanntem Gründen abgesehen. Daher befinden wir uns jetzt in der eigentümlichen Lage, wieder über Mindestzölle verhandeln zu müssen, die die Reichstagsmehrheit annehmen, denen aber die Regierung nach ihren Erklärungen auf keinen Fall zustimmen wird. Man muß doch annehmen, daß die Reichstagsmajorität, die doch aus Männern besteht (Kuchen links), ebenfalls in allen Stadien der Beratung an ihren wahlberechtigten Beschluß festhalten wird. Da ist es doch die reine Menschenaqualei für Redner und Zuhörer (Heiterkeit), wenn die Beratungen trotzdem fortgesetzt werden.

Der Reichstanzler sagte am 16. Oktober, eine Erhöhung oder Erweiterung der Mindestzölle würde das Zustandekommen von Handelsverträgen unmöglich machen. Die Regierung sei bei den Mindestzöllen bis zur äußersten Grenze gegangen, wo das Zustandekommen von Handelsverträgen noch möglich scheint. Trotz dieser klaren Stellungnahme treiben Regierung und Reichstagsmajorität das Spiel weiter. Wie lange denkt die Mehrheit das zweifelhafte Spiel noch fortzusetzen? Wir sind gewiß bereit, unser Wort noch weiter zu tragen und die Beratung aufs gründlichste fortzusetzen, aber wir haben doch auch den ganz natürlichen Wunsch, wenn es irgend geht, von diesem Leid befreit zu werden. Wir treiben keine Obstruktion. (Hört, hört! rechts.) Wir halten uns streng an die Geschäftsordnung. Wir verlangen nur, daß über jede Tarifposition gründlich beraten und daß in namentlichen Abstimmungen die Stellung jedes einzelnen Abgeordneten zu diesen Positionen festgestellt werde. (Unruhe rechts und im Centrum.) Das ist ein so loyales Verhalten, wie es überhaupt nur denkbar ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wäre das bitterste Unrecht gegen uns, wenn man ein so loyales Verhalten mit dem bösen Namen „Obstruktion“ bezeichnen wollte. Obstruktion könnte nur in Frage kommen, wenn die Rechte Mandat wiederholte wie vor einigen Tagen, wo nach den schärfsten Probenationen der Linken unseren Rednern durch einen Schlußantrag das Wort abgegriffen wurde. In solchen Fällen werden wir allerdings nicht vor Maßnahmen zurücktreten, die Sie vielleicht Obstruktion nennen, die aber weiter nichts sind als ein Akt der Notwehr.

Was nun die zur Beratung stehende Position anlangt, so werden wir gegen die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsfassung stimmen, da wir in beiden die Vergünstigung agrarischer Interessen sehen. Wir können nicht anerkennen, daß die Landwirtschaft im allgemeinen Not leidet. Zugegeben werden muß natürlich, daß es unter den 18 1/2 Millionen Menschen, die nach der Volkszählung von 1895 zur Landwirtschaft gehören, viele Kreise gibt, die als notwendig bezeichnet werden müssen. Das trifft aber eben für die Arbeiterklasse und für den gesamten Mittelstand zu. Die antisemitische Bewegung rekrutiert sich ja namentlich aus dem Umstand, daß auf dem Gebiete des Handels durch die Entwicklung zum kapitalistischen Großbetrieb den kleinen Leuten die Existenz sehr erschwert wird und das Vorhandensein der Sozialdemokratie im Reichstage beweist, daß über zwei Millionen Arbeiter eine vollständige Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsordnung als in ihrem Interesse liegend erachtet. Die

Landwirtschaft hat aber schon das eine voraus, daß ihre Angehörigen auch bei der größten Not wenigstens sich satt essen können, während das besonders in der heutigen Zeit der Krisis vielen Arbeitern unmöglich ist. Weiter muß aber konstatiert werden, daß in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten ist. Das beweist die Steigerung der ländlichen Grund- und Bodenpreise in einzelnen Gegenden, die Abnahme der Zwangsverkäufe und die Steigerung der Steuerkraft der Landwirtschaft. Auch sind die Preise für viele ländliche Produkte wie Fleisch, Butter, Milch erheblich gestiegen. Das etwa vorhandene Sinken in den Preisen der Palmfrüchte wird durch die Steigerung des Bodenpreises, die theoretisch unbegrenzt ist, wieder ausgeglichen. Dazu gehört natürlich, daß der Besitzer die nötigen Mittel hat, um alle technischen Verbesserungen anzuwenden zu können, und daß der Boden, die Anbaufläche, nicht zu klein ist. Mit ungenügenden Produktionsmitteln kann niemand etwas leisten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Schließlich wird auch das Großkapital ein großes Interesse an der kapitalistischen Ausbeutung der Landwirtschaft gewinnen. Natürlich gehört zum Betrieb der Landwirtschaft, eines der interessantesten aber der schwierigsten Gewerbe, große Vorbildung und Sachkenntnis. Wieviel aber fehlt da noch?

Redner weist auf eine Broschüre, die den jährlichen Ertragsverlust der bayerischen Landwirtschaft durch Verunkrautung der Felder auf 20 Prozent berechnet. (Hört, hört! bei den Soz.) Wieviel könnte da durch genossenschaftlichen Zusammenschluß gewonnen werden! Aber Sie (nach rechts) jählen ja das alles zu den kleinen Mitteln. Sie sind jetzt nicht mehr das Stiefkind, nein das Lieblingskind, ja das verzogene Lieblingskind des Staates! (Abg. Graf Kanitz: Die Großindustrie ist das Lieblingskind.) Welche Subventionen erhält sie denn? (Abg. Graf Kanitz: Die Handelsverträge.) Wir hätten nichts dagegen, wenn bei den Handelsverträgen größere Konzessionen auf dem Gebiet der Industrie gemacht würden. Entsprechende Anträge würden wir unterstützen. Es läßt sich aber gar nicht bestreiten, daß die Landwirtschaft Jahr um Jahr ungegährte Millionen vom Staate erhält. Von einem Rückgang der Landwirtschaft kann gar nicht gesprochen werden. Wäre er vorhanden, so würden immer weniger Leute auf Landwerb verfallen sein. Die Statistik aber beweist das Gegenteil. Von 1882—1895 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in allen Größenklassen vermehrt. Die Zunahme des Viehbestandes, soweit Rindvieh und Schweine in Betracht kommen, ist eine ganz gewaltige, nur die Zahl der Schafe ist zurückgegangen. Die Entwicklung wäre noch eine viel günstiger, wenn nicht jetzt schon die Futtermittel durch die bestehenden Zölle ungeheuerlich verteuert würden. Woher hat denn Dänemark diese wunderbare und so weit überlegene Viehzucht, weil die Dänen nicht so thöricht sind wie wir und Futtermittel bei sich frei einlassen. Trotz des mächtigen Aufwachsens der deutschen Viehproduktion sind die Preise aber ganz erheblich gestiegen. Seit dem Jahre 1851 hat sich der Preis für das Pfund Rindfleisch geradezu verdoppelt. Bis zum Jahre 1890 geben nach dieser Richtung die Wollpreise der Regierungsvorlage Aufschluß. Ich weiß wirklich nicht, wo Sie den Mut hernehmen, neue Zoll-erhöhungen zu fordern. Wenn diese ganze Entwicklung etwas beweist, wenn diese Zahlen etwas darthun, so ist es dies, daß die bestehenden Zölle herabgesetzt werden können. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Trotz der gesteigerten Viehhaltung an Rindvieh und Schweinen ist die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht im Stande, den gesteigerten Rohbedarf zu decken. Im Jahre 1873 betrug auf 100 Einwohner der Bestand an Rindvieh 88,4 Stück, 1900 83,7 Stück. Obgleich der Rindviehbestand in diesen 27 Jahren gestiegen ist, entspricht diese Steigerung nicht der Zunahme der Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Schweinebestand betrug auf 100 Einwohner 1873 17,4, 1900 20,8 Schweine. Das bedeutet freilich eine sehr bedeutende Steigerung des Schweinebestandes über die Zunahme der Bevölkerungszahl hinaus. Bei Schafen zeigt sich aber wieder ein bedeutender Rückgang: 1873 kamen auf 100 Einwohner 80,9 Schafe, 1900 nur 17,2 Schafe. Wenn man nun diese verschiedenen Viehsorten, um eine Gesamtziffer zu haben, in Großvieh umrechnet, so ergibt sich ein Bestand an Großvieh auf 100 Einwohner für 1873 von 48,8 Stück, für 1900 von 42,8 Stück. Es ist also trotz aller Steigerung der Stückzahl des Viehes der Viehbestand im Verhältnis zur Bevölkerung von 1873—1900 um 12 1/2 Prozent gesunken. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun ist allerdings das Stückgewicht der Schweine von 1883—1892 um 38,9 Proz. gewachsen, das Gewicht des Rindviehes um 18,3 Proz. Ich gebe zu, daß diese Gewichtszunahme den Fehlbetrag an der Stückzahl wieder ausgleicht und sogar noch etwas mehr. Trotzdem stimmt die Rechnung nicht zu Gunsten der Landwirtschaft. Zunächst wird allgemein mit Recht über die Verschlechterung der Qualität des Schlachtviehes, besonders des Schweinefleisches, geklagt. Die Schnellmast greift bei unseren Landwirten in unverständlicher Weise um sich. Weiterhin aber kommen sehr wichtige Veränderungen in der Struktur unserer Gesellschaft in Betracht. Die Bevölkerungszunahme der Jahre 1882—1905 von 0 1/2 Mill. ist ausschließlich der städtischen, industriellen Bevölkerung zu gute gekommen. Außerdem sind der städtischen Bevölkerung noch weitere 1/2 Millionen aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugeflossen. Der bedeutendste Teil der Fleischkonsumtion aber liegt in der städtischen, der industriellen Bevölkerung. Jede Steigerung der industriellen Bevölkerung im Verhältnis zur gesamten Volkszahl bedeutet eine Vermehrung des Fleischbedarfs. Die Landwirtschaft hat also mehr Interesse als irgend ein anderer Beruf an der Zunahme der städtischen Bevölkerung. Dazu kommt die gesteigerte Zahl der Rentner, der Beamten, der Angehörigen von Armee und Marine, die alle zahlungsfähige Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte sind. Auch hat die Erhöhung der Lebenshaltung in der Gesamtbevölkerung zur Preissteigerung von Fleisch, Butter u. beigetragen. Somit stehen der Landwirtschaft tiefste Nachteile zu, ohne daß sie einen Finger zu rühren braucht. Sie (nach rechts) sehen das aber alles nicht ein; sonst müßten Sie ja schweigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Weiterhin kommt in Betracht die Verminderung der Einfuhr von Vieh und Fleisch. 1894 wurden 872 000 Stück Rindvieh eingeführt; 1900 nur 207 000, 1894 710 000 Schweine, 1895 285 000 (Hört, hört! bei den Soz.). 1900 nur noch 84 000 Schweine. Das ist nach unserer Meinung ein nationales Unglück; die Agrarier nennen es ein nationales Glück. Das ist ja das Wunderbare: alles, was der großen Mehrheit des Volkes schadet, nützt einer kleinen Minderheit. Die Mehrzufuhr an Fleisch in der genannten Periode bedarf keineswegs die Mehrzufuhr an Rindvieh und Schweinen, zumal ein sehr beträchtlicher Teil des Lebensviehes nicht Schlacht-, sondern Zuchtvieh ist. Auch das Fleischbeschaugesetz hat in hohem Grade zu Ihren Gunsten (nach rechts) gewirkt. Glauben Sie doch nicht, noch im deutschen Reiche einen Gimpel zu finden, der da glaubt, daß bei dem Einfuhrverbot familiäre Gründe maßgebend gewesen sind.

Wir glauben es Ihnen nicht, kein Mensch glaubt es Ihnen; Sie selbst glauben es auch nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Das Verbot der Wurstzufuhr hat gerade die ärmsten Schichten der Arbeiterbevölkerung und des kleinen Beamtenstandes getroffen; daß am 1. April 1903 in Kraft tretende Verbot der Einfuhr von Lebern, Lungen und Herzen wird der deutschen Wurstindustrie einen geradezu tödlichen Schlag versetzen. (Sehr richtig! links.) Und gerade die Antisemiten haben geholfen, auf diese Weise eine Menge kleiner Existenzen zu vernichten. Wäre es Ihnen (nach rechts) wirklich um die Volksgesundheit zu thun, dann hätten Sie nicht die Unterjochung bei Hauschlachtungen weglassen lassen. Erst vor kurzem ist wieder

festgestellt worden, daß in Mecklenburg eine Frau v. Levechow ihren Dienstmädchen zuzunote, das allerhöchste Fleisch zu essen. Und dann die geradezu gemeingefährliche Bestimmung, daß auf dem Lande unterjähriges Fleisch in der Stadt nicht noch einmal unterjocht werden soll! Die ländlichen Tierärzte sind Ihre Werkzeuge und stellen oftmals Atteste über die eigene Leberzeugung aus. Ich muß sagen: mit einer solchen Rücksichtslosigkeit und Massivität, wie die Agrarier, nimmt keine andere Klasse Ihre Interessen wahr. (Unruhe rechts.) Das Fleischbeschaugesetz hat eine vollständige Unterbindung der Lebensmittelinfuhr zur Folge gehabt. Eine weitere Wirkung in dieser Richtung hat die Grenzsperrung ausgeübt. Daß Grenzsperrung sowohl wie Zölle den Zweck verfolgen, das Fleisch zu verteuern, ist jetzt ja von Ihnen (nach rechts) zugestanden worden, während Sie sich früher bei uns Jahrtausende hindurch über die Frage herumgestritten haben, wer den Zoll denn eigentlich trägt: Früher behaupteten Sie ja immer, das Ausland trage ihn.

Die große Steigerung des Grenzverkehrs beweist, ein wie großes Bedürfnis nach billigerem Fleisch besteht. Sie wollen ja auch den Grenzverkehr erschweren; wir aber werden beantragen, ihn in dem bisherigen Umfang bestehen zu lassen. Von einer Schädigung der Grenzbevölkerung hat übrigens noch niemand etwas gehört; damit wird Ihre Behauptung, da draußen sei alles verkehrt, widerlegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission ist regierungsfällig darauf hingewiesen worden, daß in allen Ländern die Fleischpreise gestiegen seien. Das will ich nicht bestreiten; ich leite aber daraus den Schluß ab, daß die Konkurrenz des Auslandes, das selbst hohe Fleischpreise hat, denn doch nicht so gefährlich sein kann. Wir haben aber noch höhere Fleischpreise als das Ausland. Ueber die Frage der Differenz zwischen unseren und den ausländischen Fleischpreisen hat sich auch der Staatssekretär v. Bobbelski geäußert. (Zuruf: Er ist Minister.) Nun, es ist doch noch keine Beleidigung, wenn man einen Menschen Staatssekretär nennt. (Große Heiterkeit.) Bei Herrn v. Bobbelski stehen Ministerstellung und agrarisches Herz in Widerspruch miteinander. Wenn er könnte wie er wollte, so hätte er Ihre (nach rechts) Minimalzölle längst acceptiert. (Heiterkeit.) Aber er ist nun eben Mitglied einer von Gott eingesetzten Regierung (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), die für alle Klassen der Bevölkerung gleichmäßig sorgen soll oder doch so thun muß. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Seine Mitteilungen in der Kommission waren nun sehr interessant; es ging aus ihnen hervor, daß die russische Regierung in loyaler Weise die Untersuchung der ausgeführten Schweine gehandhabt hat und daß in der That auch seit 1898 keine unmittelbare Seuchengefährdung bei einem eingeführten russischen Schwein erfolgt ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum kontingentiert man denn nun trotz dieser Sachlage noch länger die Einfuhr? Nicht, weil veterinärpolitische Gründe, sondern weil agrarische Interessen es so verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es sind hohle Deklamationen, wenn behauptet wird, die Öffnung der Grenzen bringe dem deutschen Viehstand Krankheit und Gefahr. Wir wollen die Öffnung der Grenzen, aber auch die Kontrolle des eingeführten Viehes — natürlich eine loyale Kontrolle und keine Skandalö (Sehr richtig! bei den Soz.). — Daß es nur agrarische Gründe sind, die für die Grenzsperrung maßgebend sind, hat der bayerische Minister v. Crailsheim verraten. Er hat offen erklärt: die Grenzen dürfen nicht geöffnet und die seuchenpolitischen Maßnahmen nicht gemildert werden, weil die österreichischen Landwirte bei ihren billigeren Arbeitslöhnen und ihren billigeren Futtermitteln das Fleisch billiger produzieren können, als die deutschen (Hört, hört! links.) Damit sind die schönen sanitären Gründe, die Sie anführen, wie ein Kartenhaus umgeblasen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn die österreichischen Minister sich diese Erklärung merken und bei künftigen Handelsverträgen danach handeln, so thun dieselben recht daran; ich würde, wenn ich österreichischer Minister wäre, auch so handeln. (Gr. Heiterkeit. Graf Kanitz ruft: die Bayern wissen ja gar nicht Bescheid!) Das ist ja sehr nett. Also die dummen Bayern (Gr. Heiterkeit), die so ehrlich sind, die Wahrheit zu sagen! Sie (nach rechts) sind so an Deutsche gewöhnt, daß Ihnen Ehrlichkeit als Dummheit erscheint (Sehr gut! bei den Soz.). — Die sächsische Regierung hat auf eine Petition der Dresdener antisemitischen Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß die österreichische Veterinärkontrolle völlig ausreiche. Eine größere moralische Niederlage der Grenzsperrungspolitik ist nicht möglich. (Sehr richtig! links.) — Die Zufuhr ist so gering, daß die Fleischer nach Fleisch schreien, wie der Hirsch nach frischem Wasser (Heiterkeit). Die Berliner Schlächter haben erklärt, die Fleischpreise erhöhen zu müssen; ihre Berufsgenossen an anderen Orten sind ihrem Beispiel gefolgt.

Von agrarischer Seite hat man in der Kommission die Fleischnot als künstliche Made bezeichnet. Man hat darauf hingewiesen, daß der Fleischtag in Stuttgart 10 000 Mk. für die Agitation gegen die Grenzsperrung bewilligt hat. Können Sie es vielleicht den Schlächtern verdeden, wenn sie sich ihrer Haut wehren und gegen Grenzsperrern auftreten? Und erklären Sie die Opposition von Hunderten von Kommunen auch als Made? Dieselben Kommunen sind freilich ruhig gegenüber der Erhöhung des Brotpreises geblieben, wie sie die Zölle im Gefolge haben werden. Solange eben nur die großen Massen getroffen werden, bleiben die Kommunen ruhig; aber wenn, wie bei der Fleischsteuerung, auch die Lebenshaltung der besser situierten Klassen bedroht wird, dann werden auch Wäpfler und Stadträte rebellisch. Hunderte von Städten haben rebelliert, darunter auch das heilige Köln (sehr gut! links), dessen Abgeordneter, Trimborn, hier für höhere Fleischzölle eintritt, während er in seiner Eigenschaft als kölnischer Stadtverordneter die Öffnung der holländischen Grenze verlangt. Das nennt man Konsequenz. (Sehr gut! links. Graf Kanitz ruft: Grenzsperrung und Zoll sind doch zwei verschiedene Dinge!) Jawohl, aber Sie wollen eben Zölle, weil die Grenzsperrung sich gegenüber der allgemeinen Opposition nicht mehr halten läßt. — Herr Trimborn ist es übrigens schlecht genug gegangen. Die landwirtschaftliche Beilage seiner parteigegenständlichen Kölnischen Volkszeitung ist über ihn hergefallen; in der Rheinischen Volksstimme ist nach dem Grundriss „Haus und melnen Juden, hau ich deinen Juden“ über Köln der Boykott verhängt worden. (Hört, hört! links.) — Es giebt nun Gegenden, in denen von Fleischkonsum nicht viel die Rede sein kann, wie das sächsische Erzgebirge und das Vogtland, Gegenden, in denen 68 Proz. der Bevölkerung ein Durchschnittseinkommen von 500 Mk. und weniger pro Jahr beziehen. Wenn es daher eine Regierung gab, die der Vorlage nicht zustimmen durfte, so war es die sächsische. Bezeichnend ist der bekannte Posener Vorfall. Herr v. Bobbelski wies die Posener Stadtverwaltung, die angesichts der Kaiserstage um provisorische Aufhebung der Grenzsperrung petitionierte, an die Viehzentrale. (Hört, hört! links.) Wie kommt ein Minister dazu, die Geschäfte der Viehzentrale zu betreiben? Derart wird der Ausdruck des kommunikativen Manifestes bekräftigt, daß die heutigen Regierungen nichts sind als Verwaltungsausschüsse der bestehenden Klasse. (Sehr gut! links.) Statt im ureigensten Interesse den Verzicht einseitiger Interessenbegünstigung zu verweigern, tritt die Regierung offen für den Ring ein, der an der Spitze des Ringes steht. (Heiterkeit.)

Redner giebt noch mehrere Beispiele von dem Treiben der Viehzentrale und fährt dann fort: Und angesichts einer solchen Sachlage kommen nun Regierung und Kommission mit ihren Zoll-erhöhungen! In fast allen Fällen ergibt sich nach der Regierungsvorlage eine Erhöhung des bisherigen Zolles um das 2 1/2-3fache. Damit nicht zufrieden, beantragt die Kommission ein für allemal für Rindvieh einen Zoll von 14.40 Mk. pro Rilo Lebendgewicht. Sie verläßt damit den durchaus gerechtfertigten Unterschied zwischen den verschiedenen Viehsorten, wie ihn die Regierungsvorlage aufstellt. Es ist ein Skandal, daß derartige Vor schläge überhaupt gemacht werden konnten. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Mindestzölle würden im Detailverkauf eine Erhöhung von 25—30 Pfa.

